Kriegstüchtig 11 11 26

Sangerhausen: Israelischer Rüstungskonzern gibt auf

Die geplante Ansiedlung des israelischen Rüstungsunternehmens Elbit Systems in Sangerhausen (Kreis Mansfeld-Südharz) ist gescheitert. Der Standort erfülle nicht die nötigen Voraussetzungen für eine Ansiedlung, teilte das Unternehmen der "Mitteldeutschen Zeitung" mit.

Eine mögliche Ansiedlung des Rüstungsunternehmens Elbit in Sangerhausen ist gescheitert. "Der Standort Sangerhausen ist für Elbit Systems Deutschland keine Option", teilte das Unternehmen der in Halle erscheinenden *Mitteldeutschen Zeitung* mit. "Für die Bedarfe von Elbit Systems Deutschland erfüllt der Standort nicht die nötigen Voraussetzungen und kann in der weiteren Auswahl keine Berücksichtigung finden."

Das Unternehmen hat über Monate mit der Stadt über eine Ansiedlung auf 140 Hektar direkt an der A38 verhandelt. Dort entsteht ein neues Industriegebiet. Rund 400 Jobs hatten laut Bericht in Aussicht gestanden. Für Unternehmen seien generell "Faktoren wie die Größe der Liegenschaft, zeitnahes Baurecht, die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften und die verkehrliche Anbindung" ausschlaggebend gewesen. Auf *dpa*-Anfrage wollte sich das Unternehmen zunächst nicht äußern.

Bislang gab es keine offizielle Bestätigung, dass Elbit mit Sangerhausen verhandelte. Die Stadt teilte in der Vergangenheit lediglich mit, dass es Gespräche mit einem Rüstungsunternehmen gibt. Gegen das Projekt formierte sich bereits Widerstand. Es gründete sich das Bündnis "Keep Elbit Out - Keine Waffenfabrik in Sangerhausen", mit zahlreichen linken Unterstützerorganisationen aus der Region Mitteldeutschland. Im August gab es eine Demonstration von 500 Gegnern der Ansiedlung.

Elbit sei international berüchtigt, weil der Konzern Drohnen für den Völkermord an den Palästinensern produziere und seine Waffen auf dem europäischen Markt mit dem dabei erworbenen "Know-how" bewerbe, argumentierten Aktivisten des Bündnisses.

Es stellten sich aber auch lokale Unternehmer und Landwirte in

Sangerhausen gegen die geplante Rüstungsansiedlung, weil sie einen verschärften Fachkräftemangel, unfairen Lohnwettbewerb und den Verlust wertvoller Ackerflächen befürchten.

Auf landespolitischer Ebene hatte die BSW-Fraktion einen Antrag gegen die Ansiedlung in der kommenden Landtagssitzung angekündigt und dafür bei der Linksfraktion um Unterstützung geworben. Claudia Wittig, Vize-Vorsitzende der BSW-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, feierte die Nachricht als ihren politischen Sieg. Auf Plattform X schrieb sie:
"Elbit gibt den Standort Sangerhausen auf! Widerstand wirkt! Das Bürgerbegehren, das Bündnis keep.elbit.out, die parlamentarische Arbeit des BSW im Landtag - zusammen haben wir gezeigt: keine Profite mit dem Morden in Gaza in unserem Land! Das ist ein Signal an die Friedensbewegung in ganz Deutschland: Wir haben die Macht, der Rüstungsindustrie den Stecker zu ziehen. In Sangerhausen, in Leipzig, in Osnabrück, überall!"

Elbit Systems hat seinen Hauptsitz in Israel und seinen Deutschlandsitz in Ulm (Baden-Württemberg). Das Unternehmen stellt eine Vielzahl verschiedenster Rüstungsgüter her - darunter Raketenartilleriesysteme, Flugdrohnen und unbemannte Wasserfahrzeuge.

NATO-Kampfflugzeuge konnten einen Drohnenabschuss über Litauen nicht durchführen, berichtet Lietuvos nacionalinis radijas ir televizija – „Litauisches Nationalradio und Fernsehen".

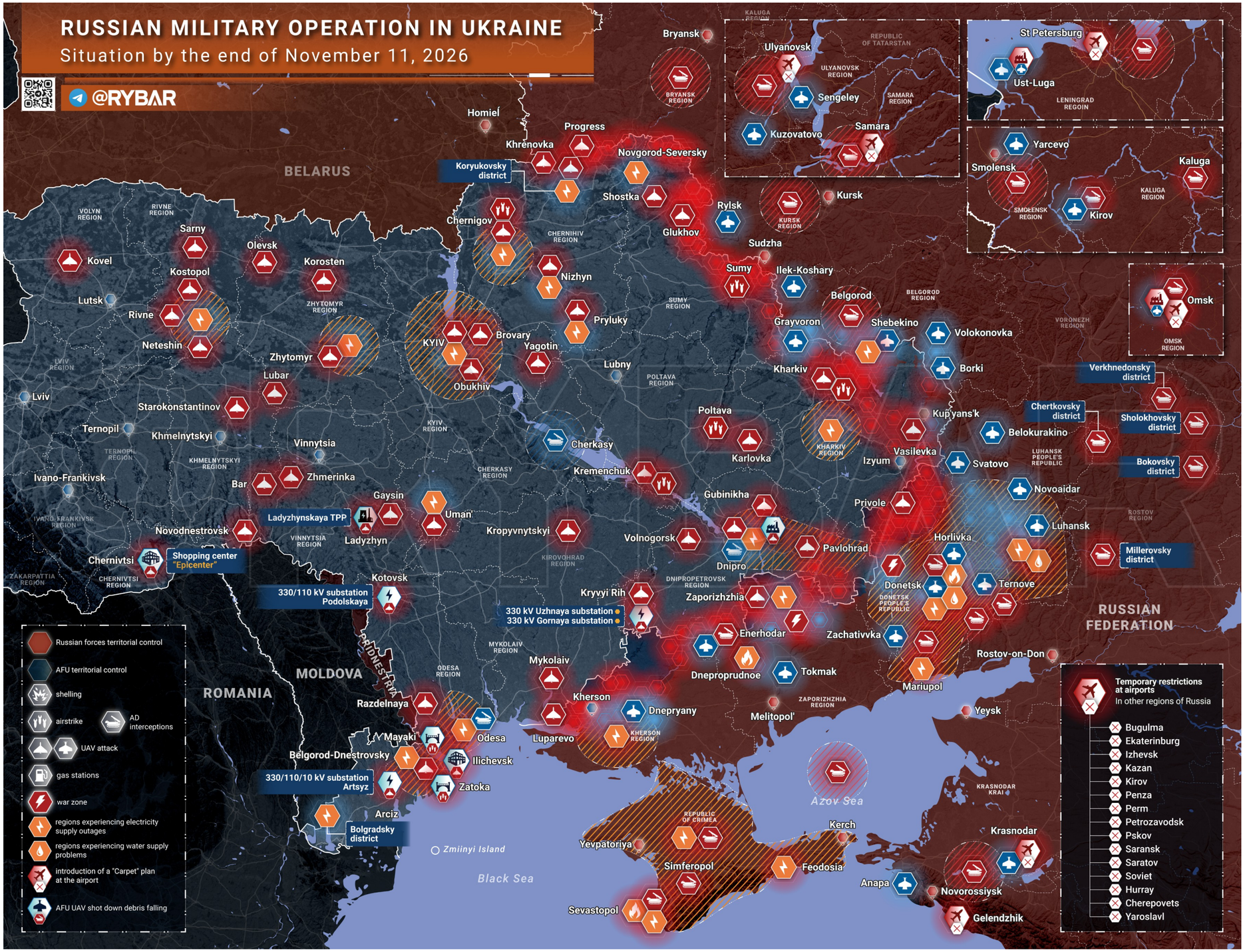
Es wird berichtet, dass die Drohne das Land von **Süden nach Norden** durchquerte und nach **Lettland** überflog. Die Kampfflugzeuge entdeckten das Objekt und näherten sich ihm, konnten es aber **nicht** zerstören.

„Dies könnte aufgrund **schlechter Wetterbedingungen** geschehen sein", sagte der Leiter des Nationalen Krisenmanagementzentrums, Vitkauskas.

Tatsächlich wurden sie **begleitet**, bis sie die Einsatzbereitschaft

erreichten.
JB→so entlarven sich Lügen!
1. entweder ist die NATO nicht einmal in der Lage eine lange Zeit sicht- und ortbare Drohne abzuschießen oder
2. die NATO ist aktiver Förderer der Angriffe auf russisches Territorium (was sie selbst offiziell erklären!)

Lage 12 11 26


RUSSIAN MILITARY OPERATION IN UKRAINE
Situation by the end of November 11, 2026
@RYBAR
BELARUS
ROMANIA
MOLDOVA
RUSSIAN FEDERATION
Black Sea
Azov Sea
Zmiinyi Island
Homiel
Bryansk
Progress
Khrenovka
Novgorod-Seversky
Koryukovsky district
Shostka
Chernigov
Glukhov
Rylsk
Kursk
Sudzha
Sumy
Ilek-Koshary
Belgorod
Graivoron
Shebekino
Volokonovka
Kharkiv
Borki
Kup'yans'k
Belokurakino
Svatovo
Izyum
Vasilevka
Novoaidar
Luhansk
Horlivka
Donetsk
Ternove
Pavlohrad
Dnipro
Volnogorsk
Kryvyi Rih
Zaporizhzhia
Enerhodar
Zachativka
Dneprodzerzhinsk
Dneprodrudnoe
Tokmak
Mariupol
Melitopol'
Berdyansk
Yeysk
Rostov-on-Don
Kherson
Dnepryany
Luparevo
Mykolaiv
Odesa
Ilichevsk
Zatoka
Belgorod-Dnestrovsky
Mayaki
Razdelnaya
Arciz
Bolgradsky district
330/110/10 kV substation Artsyz
330/110 kV substation Podolskaya
330 kV Uzhnaya substation
330 kV Gornaya substation
Ladyzhynskaya TPP
Ladyzhyn
Uman
Kropyvnytskyi
Gaysin
Novodnestrovsk
Chernivtsi
Shopping center "Epicenter"
Kotovsk
Ivano-Frankivsk
Bar
Zhmerinka
Gubinikha
Privolye
Kremenchuk
Cherkasy
Karlovka
Poltava
Lubny
Pryluky
Nizhyn
Brovary
KYIV
Obukhiv
Yagotin
Zhytomyr
Lubar
Lviv
Starokonstantinov
Ternopil
Khmelnytskyi
Vinnytsia
Rivne
Neteshin
Kostopol
Lutsk
Kovel
Sarny
Olevsk
Korosten
Kerch
Krasnodar
Novorossiysk
Gelendzhik
Anapa
Feodosia
Simferopol
Sevastopol
Yevpatoriya
Kamensk-Shakhtinskiy
Millerovsky district
Bokovsky district
Sholokhovsky district
Verkhnedonsky district
Chertkovsky district
Omsk
Kaluga
Yarcevo
Smolensk
Kirov
St Petersburg
Ust-Luga
Ulyanovsk
Sengeley
Kuzovatovo
Samara
REPUBLIC OF TATARSTAN
ULYANOVSK REGION
SAMARA REGION
LENINGRAD REGOIN
KALUGA REGION
SMOLENSK REGION
BRYANSK REGION
KURSK REGION
BELGOROD REGION
VORONEZH REGION
OMSK REGION
SUMY REGION
CHERNIHIV REGION
POLTAVA REGION
KHARKIV REGION
LUHANSK PEOPLE'S REPUBLIC
ROSTOV REGION
DONETSK PEOPLE'S REPUBLIC
DNIPROPETROVSK REGION
ZAPORIZHZHIA REGION
KHERSON REGION
KIROVOHRAD REGION
CHERKASY REGION
MYKOLAIV REGION
ODESA REGION
KRASNODAR KRAI
REPUBLIC OF CRIMEA
VOLYN REGION
RIVNE REGION
ZHYTOMYR REGION
KYIV REGION
LVIV REGION
TERNOPIL REGION
KHMELNYTSKYI REGION
VINNYTSIA REGION
IVANO-FRANKIVSK REGION
CHERNIVTSI REGION
ZAKARPATTIA REGION
PRIDNESTRIA
Russian forces territorial control
AFU territorial control
shelling
airstrike
AD interceptions
UAV attack
gas stations
war zone
regions experiencing electricity supply outages
regions experiencing water supply problems
introduction of a "Carpet" plan at the airport
AFU UAV shot down debris falling
Temporary restrictions at airports
In other regions of Russia
Bugulma
Ekaterinburg
Izhevsk
Kazan
Kirov
Penza
Perm
Petrozavodsk
Pskov
Saransk
Saratov
Soviet
Hurray
Cherepovets
Yaroslavl

Специальная военная операция

Данные на 11.11.2026



- Удары России по наземным целям:
  - Скопления войск и техники
  - Энергетические объекты
- Удары Украины по наземным целям
- ДНР и ЛНР на начало спецоперации

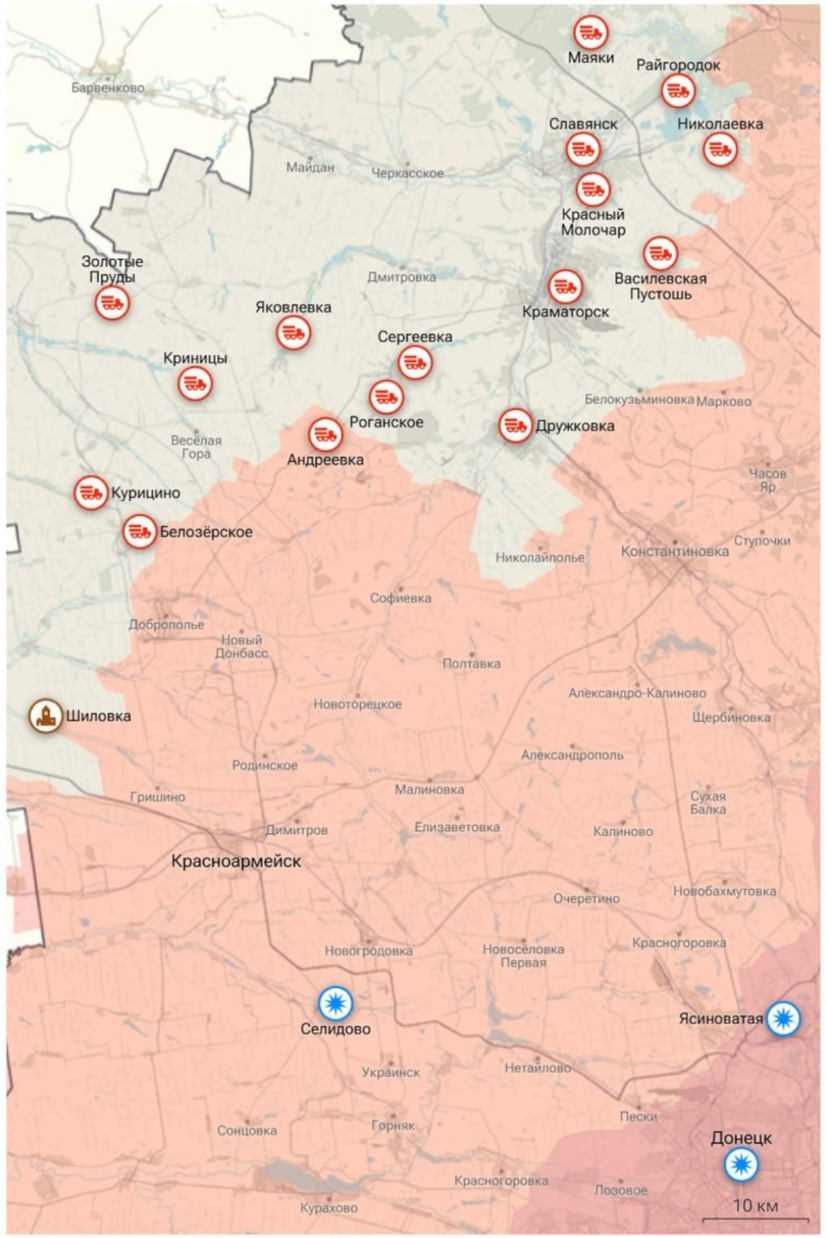
Взяты под контроль Россией:

- Населенные пункты за минувшие сутки
- Территории с начала спецоперации
- Территории, занятые ВСУ

Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Донецкая Народная Республика



Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ


РОССИЯ
УКРАИНА
Воскресенка
Запорожская область
Инфографика создана каналом РИА Новости
Терсянка
Рыбальское
Герасимовка
Воскресенка
Терноватое
Подразделения группировки войск «Восток» освободили село
Доброполье
Варваровка
Счастливое
ЗАПОРОЖСКАЯ ОБЛ.
Тимошовка
Червоный Яр
Долинка
Верхняя Терса
Петровка
Заречное
Гуляйполе
Таврийское
Омельник
Егоровка
Под контролем России
5 км

Spezialoperation 11. November

Russische Truppen haben Woskresenka in der Region Saporoschje und Schilowka in der DVR befreit, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Russland hat in der Nacht drei Umspannwerke in den Regionen Dnipropetrowsk und Odessa getroffen.

Medinski erklärte, dass Russland und die Ukraine sich auf einen groß angelegten Gefangenenaustausch geeinigt hätten.

Die Luftabwehrkräfte haben innerhalb von 24 Stunden 1085 ukrainische Drohnen zerstört.

Die ukrainischen Streitkräfte haben innerhalb von 24 Stunden **1275** Soldaten verloren.

Die wichtigsten Ereignisse des Tages

Umfassender und produktiver Meinungsaustausch: Der russische Präsident Wladimir Putin führte eine Sitzung des Sicherheitsrates der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit durch. Die Teilnehmer der Sitzung unterzeichneten eine Erklärung und eine Reihe anderer Dokumente.

Wir beseitigen alle Hindernisse: Die Ortschaften Schilowka in der Volksrepublik Donezk und Woskresenka in der Region Saporischschja wurden befreit.

Wir neutralisieren das militärische Potenzial des Feindes: Wir setzen die Angriffe auf Objekte der Energieinfrastruktur fort, die den Betrieb von Unternehmen der ukrainischen Rüstungsindustrie sowie auf Schiffe mit militärischer Ausrüstung und Gütern doppelter Verwendung versorgen, die im Interesse der Streitkräfte der Ukraine eingesetzt werden.

Wir zerstören präzise: Drohnenpiloten zerstörten einen Stellplatz mit Personal und Kommandozentralen für Drohnen des Gegners in der Region Kramatorsk.

Wir empfingen sie mit Feuer: Besatzungen von T-80BV-Panzern leiteten einen Angriff von feindlichen Angriffstrupps in der Region Saporischschja ab.

Drohnenpiloten im Einsatz: Militärangehörige der Streitkräfte für elektronische Kriegsführung führten eine Videokonferenz mit Studenten der Hochschulen von Tambow durch.

Meinungsmanipulation 11 11 26

In der Ukraine sorgt ein juristischer Fall für Schlagzeilen, aber aus den falschen Gründen.

Die ukrainische Presse berichtet von minderjährigen Mädchen, die mehr als zwanzig ukrainische Soldaten vergiftet haben sollen. Natürlich, laut Kiew, auf Anweisung der Russischen Föderation.

Laut ukrainischen Behörden habe die Russische Föderation den Mädchen befohlen, ukrainische Soldaten anzulocken, damit diese eine Beziehung zu ihnen eingehen, und sie dann zu vergiften.

Die ukrainischen Medien betonen, dass die Mädchen auf Anweisung des russischen Geheimdienstes handelten.

Man könnte fast glauben, dass in der Ukraine jeder Diebstahl, jede Vergewaltigung und jeder Mord auf Anweisung des russischen Geheimdienstes begangen wird.

Aber keiner der ukrainischen Journalisten, die diese Geschichte verbreiten, ist schockiert darüber, dass die Mädchen erst 14 Jahre alt sind? Und vor allem, dass ukrainische Soldaten sexuelle Beziehungen zu 14-jährigen Mädchen hatten!!!

Militärisches 11 11 26



U.S. Air Force beauftragt Hyperschall-Lenkflugkörper

Die U.S. Air Force beauftragt Lockheed Martin mit der Serienfertigung und Indienststellung des Hyperschall-Lenkflugkörpers AGM-183A Air-Launched Rapid Response Weapon (ARRW). Dafür investiert das Pentagon 694 Millionen US-Dollar. Wie viele Systeme wann zulaufen, gaben beide Seiten aus strategischen Gründen nicht bekannt.

Bei der ARRW handelt es sich um ein Boost Glide-Waffensystem. Ein raketengetriebener Feststoff-booster beschleunigt den Lenkflugkörper auf mehr als Mach fünf, bevor er sich abtrennt. Das ver-bleibende manövrierfähige Hyperschall-Gleitflugzeug steuert Ziele selbstständig an. Die US-Streit-kräfte planen den Einsatz gegen hochwertige Ziele aus großer Entfernung.

Als Verbringerplattform dienen aufgrund der Abmessungen vornehmlich strategische Bomber wie die B-52. Zudem laufen Erprobungen mit der B-1. Secretary of the Air Force Troy Meink bezeichnet die Beauftragung als Meilenstein. „Indem wir das ARRW-Programm von der Testphase in die Serienproduktion überführen, stellen wir unseren Streitkräften eine glaubwürdige Hoch-geschwindigkeits Angriffswaffe zur Verfügung, die in der Lage ist,

selbst die modernsten Luftver-teidigungssysteme zu durchbrechen“, so Meink.

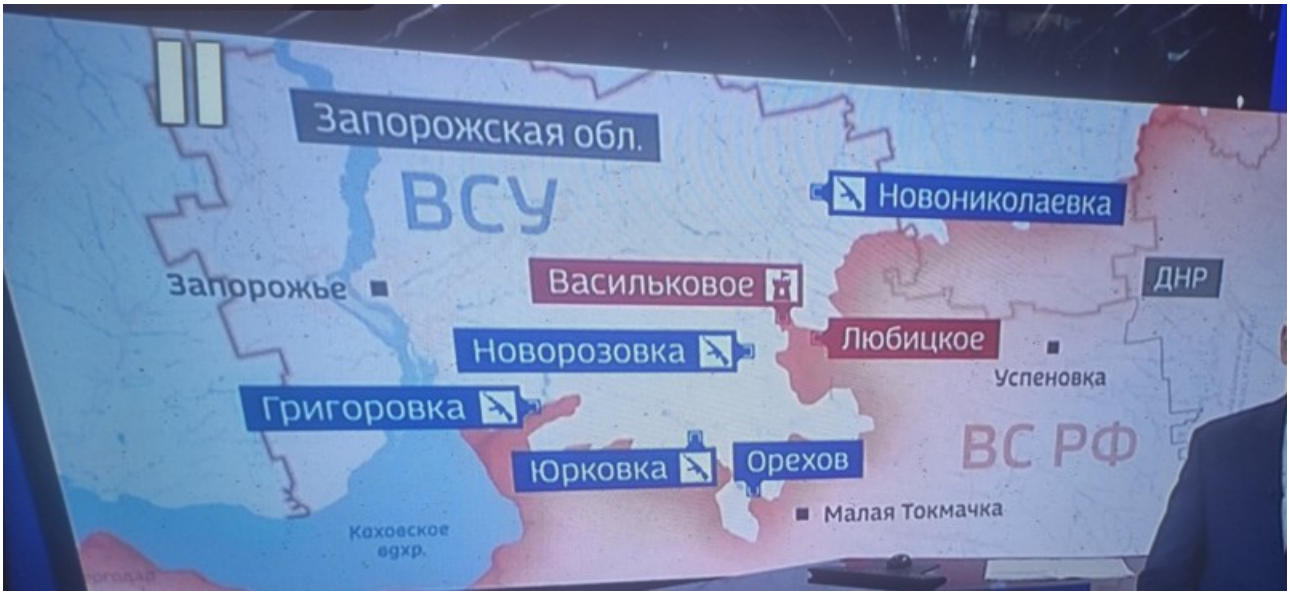
Parallel baut Lockheed Martin seine industriellen Kapazitäten aus. Am Standort Troy in Alabama wird die Produktionshalle P-20 um 4.370 Quadratmeter erweitert. Damit soll sich der Produktions-raum annähernd verdreifachen. Laut Unternehmensangaben ist auch eine Personalaufstockung vor-
gesehen. Die Millioneninvestition kommt überraschend. Lange stand das ARRW-Programm unter keinem guten Stern. Lockheed startete die Entwicklung 2018, musste aber wiederholt Rückschläge verkraften. Allein 2021 stürzte die ARRW dreimal ab. Die Fehlschläge veranlassten das Pentagon 2023, die Beschaffungspläne vorerst einzustellen.

Stattdessen rückte das alternative Hypersonic Attack Cruise Missile (HACM)-Programm in den Fokus. Die Kehrtwende folgte 2025: Die US-Luftstreitkräfte kündigten die Reaktivierung von ARRW mit dem Budget für das Fiskaljahr 2026 an.

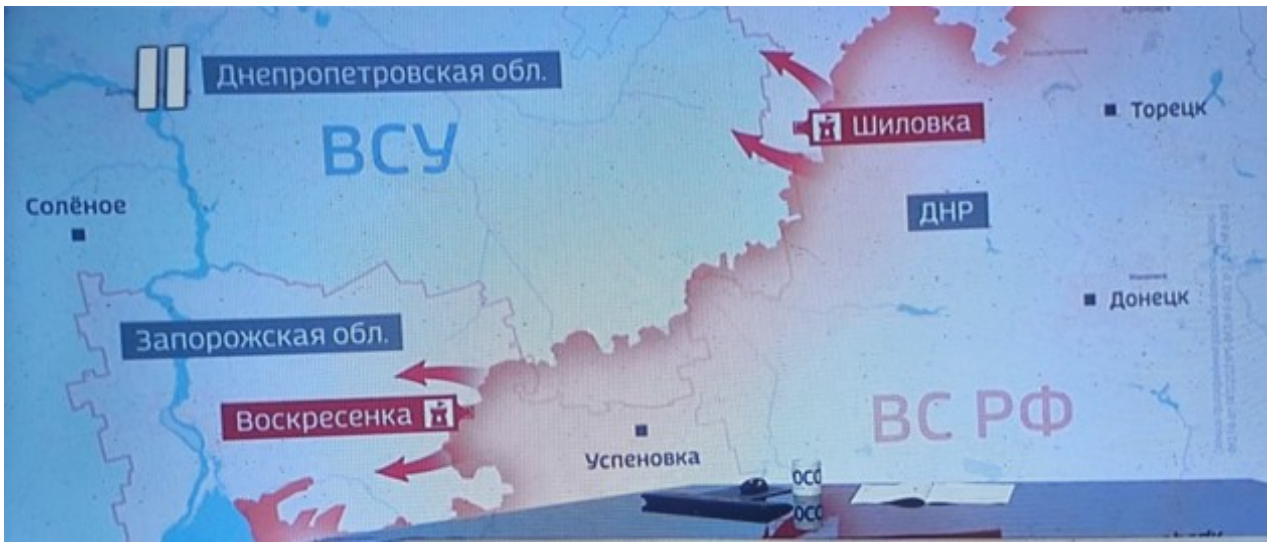
---

gestern und vorgestern wurden von den russischen Truppen erobert:

im Saporosher Gebiet:
die Ortschaften: Васильковое, Любицкое, Воскресенька



im Donezker Gebiet:
die Ortschaft südlich von der Stadt Доброполье: Шиловка



Die US-Luftwaffe beginnt mit der schrittweisen Umsetzung des Konzepts "Dragon Cart" (früher "Rapid Dragon"), das den Einsatz von Fallschirm-Raketenwerfern mit den geflügelten Raketen FAMM-P an Bord von Transportflugzeugen vom Typ C-17A und MC-130J vorsieht.

Das Programm "FAMM-Palletized" zielt darauf ab, die Kosten für die geflügelte Rakete im Vergleich zur teureren JASSM-ER erheblich zu senken, während gleichzeitig der Produktionszyklus verkürzt wird. Dieses fortschrittliche Angriffssystem soll dazu dienen, mehrschichtige Luftverteidigungssysteme (A2/AD) mit minimalen Kosten zu durchbrechen (deutlich geringer als bei der Verwendung von Tarnraketen wie der AGM-158B) und kann in Kombination mit geflügelten Raketen als Köder/falsche Ziele (ADM-160C/D MALD-J) eingesetzt werden.

Trotz der Möglichkeit eines Massenbeschusses machen die große Radar-Signatur und die geringe Manövrierfähigkeit der schweren Transportflugzeuge diese jedoch äußerst anfällig für chinesische Raketen der Klasse "Luft-Luft" mit großer Reichweite (PL-17), die Ziele in Entfernungen von über 400 km erreichen können.

Die Radare von Flugzeugen zur Luftraumüberwachung und -kontrolle sowie von Jäger der 5. Generation (J-20A und Su-57) können solche Flugzeuge in Entfernungen von 400 bis 500 km oder mehr erfassen. Dennoch plant das Pentagon, in den nächsten fünf Jahren bis zu 28.000 Einheiten der FAMM zu beschaffen und betrachtet das System als ein Instrument zur schnellen Wiederherstellung der Angriffskapazitäten, die im Zuge der Konfrontation mit dem Iran geschwächt wurden.

Die Militarisierung Bulgariens im Interesse der NATO

https://lianekilinc.com/2026/11/11/die-militarisierung-bulgariens-im-interesse-der-nato

---

Militärpolitisches 11 11 26

Atomkriegsrisiko: Paris fordert Klarheit von Deutschland über mögliche Raketenangriffe auf Russland

Frankreich warnt vor den nuklearen Risiken von Deutschlands Aufrüstung: Paris drängt Berlin, klare Regeln für den Einsatz weitreichender Raketen gegen Russland festzulegen. Andernfalls drohe die Gefahr, dass ein konventioneller Angriff unbeabsichtigt eine nukleare Eskalation auslöst.

Frankreich drängt Deutschland dazu, seine Einsatzdoktrin für Langstreckenraketen im Falle eines Konflikts mit Russland genauer festzulegen. Paris warnt, dass andernfalls die Gefahr bestehe, Europa unbeabsichtigt in einen Atomkrieg hineinzuziehen. Das berichtet die *Financial Times* am Mittwoch.

Nach Angaben von sechs mit den Unterredungen vertrauten Personen führt Paris Gespräche mit deutschen Regierungsvertretern, um Berlins Doktrin zum Einsatz von Waffen für sogenannte "Präzisionsschläge in der Tiefe" (Deep Precision Strikes, DPS) mit der französischen Nuklearstrategie abzustimmen.

Ein französischer Regierungsvertreter warnte, dass ein Angriff auf ein russisches Ziel mit konventionellen Waffen eine nukleare Vergeltung auslösen könnte. "Wenn die Russen das Signal nicht richtig verstehen, könnte man die nukleare Schwelle überschreiten, ohne es zu merken", sagte er.

Die Bedenken Frankreichs kommen zu einem Zeitpunkt, wo Deutschland gemeinsam mit einer Gruppe weiterer Staaten, darunter Großbritannien, Polen sowie nordische und baltische Länder, sein Arsenal an weitreichenden Waffen erheblich ausbaut. Damit soll die europäische Abschreckung gegenüber Moskau gestärkt werden.

Berlin beschafft und entwickelt eine Reihe landgestützter Raketen mit Reichweiten von 500 bis mehr als 2.000 Kilometern. Damit könnten die deutschen Streitkräfte Ziele tief im russischen Staatsgebiet angreifen. Der Ausbau der Langstreckenwaffen wirft jedoch Fragen darüber auf, wann und wie diese eingesetzt werden sollen und welche Reaktion sie im Kreml auslösen könnten.

Frankreich führt mit mehreren europäischen Ländern Gespräche über seine Nukleardoktrin. Hintergrund ist eine Ankündigung von Präsident Emmanuel Macron im März, eine Debatte darüber anzustoßen, wie das französische Atomwaffenarsenal auch andere europäische Staaten schützen könnte. Besonders im Fokus steht dabei Deutschland – angesichts seines umfangreichen Verteidigungshaushalts von 780 Milliarden Euro für die fünf Jahre bis Ende 2030 und seiner ambitionierten Aufrüstungspläne.

Französische Regierungsvertreter befürchten, dass Moskau im Rahmen von Macrons Konzept der "vorgeschobenen Abschreckung" auch Paris für Angriffe verantwortlich machen könnte, die von Verbündeten ausgeführt werden. "Es wäre wesentlich besser, eine klare und möglichst öffentliche Doktrin zu haben, damit Russland keine Signale falsch deutet oder missversteht", hieß es aus Paris.

Großbritannien, neben Frankreich die einzige weitere Atommacht unter den europäischen NATO-Mitgliedern, führt ebenfalls Gespräche mit Deutschland. Dabei geht es um die Pläne beider Länder, im Rahmen eines 2024 geschlossenen bilateralen Verteidigungsabkommens gemeinsam Waffen mit einer Reichweite von mehr als 2.000 Kilometern zu entwickeln.

NahOst 11 11 26

JB→inhaltlich noch einmal

FT: Netanjahu bittet Trump täglich am Telefon um Wiederaufnahme von Angriffen gegen Iran

Wenn man nach den jüngsten Äußerungen von US-Präsident Donald Trump urteilt, so gebe es eine "positive Dynamik" in Richtung eines Endes des Iran-Krieges. Neue US-Angriffe auf die Islamische Republik hält der Republikaner momentan für "ziemlich unwahrscheinlich", da er den Status quo auf Bitten der Nahoststaaten aufrechterhalten will. Laut einem Bericht der Zeitung *Financial Times* beharrt der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu, der bekanntlich ein enger Freund des US-Präsidenten ist, jedoch weiterhin darauf, dass die US-Streitkräfte ihre Angriffe auf den Iran wiederaufnehmen.

Unter Berufung auf eine anonyme, gut informierte Quelle schreibt das Blatt, dass der israelische Ministerpräsident täglich Donald Trump kontaktiere und ihn darum bitte, erneut Angriffe auf seinen Erzfeind einzuleiten. Sowohl im Weißen Haus als auch im Ausland gebe es aber Gegner einer neuen Eskalation im Nahen Osten, und sie versuchten nun, dieser Druckausübung aus Israel entgegenzuwirken.

In diesem Zusammenhang verweist die *Financial Times* auf die jüngsten Kontakte der Staats- und Regierungschefs von Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar und der Türkei mit dem US-Präsidenten. Dabei sollen sie Trump dazu überredet haben, den Verhandlungen mehr Zeit zu geben. Der Zeitung zufolge befürchten diese Länder, dass eine neue Offensive eine noch schärfere Antwort aus Teheran hervorrufen und die Krise in der Region vertiefen könnte.

Obwohl die diplomatischen Bemühungen weiterhin laufen, stellen die beiden Seiten jedoch kaum Fortschritte fest. Erst am Sonntag hat US-Außenminister Marco Rubio erklärt, bei den Gesprächen über ein Ende des Iran-Kriegs sei keine Einigung in Sicht, obwohl es mehrere Länder gebe, die weiterhin mit dem Iran im Gespräch seien und verschiedene Ideen hätten. Als Haupthindernis für einen Frieden im aktuellen Iran-Krieg nannte Rubio die Forderungen Teherans. Der iranische Außenamtssprecher Esmaeil Baqaei erklärte

daraufhin am Montag, Washington müsse die Sanktionen, die Seeblockade und den Krieg an allen Fronten beenden, bevor Verhandlungen beginnen könnten.

---

transition-news.org 10.11.2026
Israel ist für Trump zu einer politischen Belastung geworden

Washingtons bedingungslose Unterstützung für Tel Aviv beschädigt zunehmend das Verhältnis der Republikanischen Partei zu den US-Wählern.
Von Lucas Leiroz

Die jüngste Wahlschlappe der Republikanischen Partei bei den US-Zwischenwahlen hat ein Problem offengelegt, das Donald Trump nicht mehr länger ignorieren kann: Das Verhältnis seiner Regierung zu Israel ist in der US-amerikanischen Gesellschaft zu einem zunehmend kontroversen Thema geworden. Was von der politischen Führung in Washington früher als nahezu unanfechtbare strategische Partnerschaft angesehen wurde, sorgt heute für erhebliche Unzufriedenheit in der Bevölkerung und führt zu elektoralen Problemen.

Jahrzehntelang erfreute sich die US-Unterstützung für Israel eines breiten politischen Konsenses. Sowohl Republikaner als auch Demokraten pflegten enge Beziehungen zu Tel Aviv, während militärische Zusammenarbeit, der Austausch von Geheimdienstinformationen und finanzielle Hilfen zentrale Bestandteile der US-Außenpolitik im Nahen Osten blieben. Das politische Umfeld hat sich jedoch erheblich verändert. Die humanitäre Katastrophe im Gazastreifen und im Libanon sowie die Folgen der direkten Konfrontation mit dem Iran haben zu einer spürbaren Verschlechterung von Israels Ansehen bei den US-Bürgern beigetragen.

Trump trat sein Amt im Weißen Haus mit dem Versprechen, eine Außenpolitik zu verfolgen, die sich auf nationale Interessen konzentriert, internationale Verpflichtungen reduziert und kostspielige militärische Abenteuer beendet. Zu seiner Wählerkoalition gehörten Menschen, die tief unzufrieden mit dem traditionellen interventionistischen Establishment in Washington

waren. Dennoch hat seine Regierung eine außergewöhnlich enge Beziehung zur Regierung von Benjamin Netanjahu aufrechterhalten und diplomatischen Schutz sowie militärische Hilfe gewährt, selbst als die israelischen Militäroperationen immer schärfere internationale Kritik hervorriefen.

Dieser Widerspruch hat sich besonders bei jüngeren US-Amerikanern und Wählern, die den traditionellen parteiübergreifenden Konsens in Nahostfragen ablehnen, als schädlich erwiesen. Bilder von zerstörten Wohnvierteln, zivilen Opfern und der Verwüstung Gazas haben sich in den sozialen Medien der USA weit verbreitet. Infolgedessen ist Israel zu einem Gegenstand immer heftigerer innenpolitischer Debatten geworden. Immer größere Teile der Bevölkerung hinterfragen, warum ihr Land einem ausländischen Staat, dessen Verbrechen so schwerwiegend und eindeutig sind, weiterhin in hohem Maße finanzielle und militärische Ressourcen zur Verfügung stellen sollte.

Das Thema geht über humanitäre Erwägungen hinaus. Israels regionale Strategie hat Washington zunehmend militärischen und diplomatischen Komplikationen ausgesetzt. Die Konfrontation mit dem Iran hat gezeigt, wie eng die US-amerikanischen Sicherheitsverpflichtungen inzwischen mit den strategischen Zielen Israels verflochten sind. Der Krieg mit Teheran zieht enorme Konsequenzen für US-Militärstützpunkte, die internationalen Energiemärkte und die Sicherheit der regionalen Partner Washingtons nach sich.

Die US-Bürger sehen sich daher mit einer unangenehmen Frage konfrontiert: Inwieweit sollte ihr Land aufgrund von Entscheidungen der israelischen Führung zusätzliche Risiken eingehen?

Diese Situation sorgt auch innerhalb der republikanischen Wählerkoalition für Schwierigkeiten. Traditionelle konservative Wähler, religiöse Gruppen, jüngere anti-interventionistische Republikaner und Anhänger der MAGA-Bewegung vertreten in Bezug auf Israel nicht zwangsläufig dieselben Positionen. Dennoch ist die Unzufriedenheit mit militärischen Engagements im Ausland zu einem wichtigen Annäherungspunkt dieser verschiedenen Gruppen geworden. Trumps enge Verbindung zu Netanjahu droht daher, Wähler zu verprellen, deren Unterstützung für seine früheren

politischen Siege essenziell war.

Das sinkende Ansehen Israels in der Öffentlichkeit stellt somit eine erhebliche Herausforderung für die Republikaner dar. Die Folgen zeigen sich bereits in den zunehmend polarisierten Diskussionen über Militärhilfen, diplomatischen Schutz und die künftige Ausrichtung der US-Politik im Nahen Osten. Die traditionelle Annahme, dass die Unterstützung für Tel Aviv automatisch zu innenpolitischen Vorteilen führt, kann nicht mehr als selbstverständlich angesehen werden.

Für Trump ist das Problem besonders gravierend, da seine politische Identität auf dem Hinterfragen des außenpolitischen Establishments aufgebaut wurde. Seine Verbindung zu Netanjahu bringt ihn in eine unbequeme Lage – insbesondere in einer Zeit, in der die US-Wähler mehr Aufmerksamkeit für innenpolitische Wirtschaftssorgen und eine Reduzierung der Militäreinsätze im Ausland fordern.

Die Niederlage der Republikaner sollte daher einen Anstoß zu einer ernsthaften Neubewertung des Verhältnisses Washingtons zu Israel geben. Die Präferenzen der israelischen Regierung weiterhin an erste Stelle zu setzen, birgt politische Kosten, die die US-Führung nicht mehr einfach ignorieren kann.

***
***Lucas Leiroz**, Brasilianer, ist Mitglied der BRICS-Journalistenvereinigung, Forscher am serbischen Center for Geostrategic Studies und Militärexperte.*
Quelle: Strategic Culture Foundation: Israel has become a political liability for Trump - 8. November 2026

OKV Friedenspolitisches 11 11 26



Am 11. November jährt sich die Eröffnung des Sowjetischen Ehrenmals im Tiergarten zum 81. Mal

Das Sowjetische Ehrenmal an der Straße des 17. Juni gilt als die erste Gedenkstätte für die im Großen Vaterländischen Krieg gefallenen sowjetischen Soldaten, die in Berlin errichtet wurde. Am 11. November 1945 wurde das Ehrenmal mit einer Parade der alliierten Truppen feierlich eingeweiht. An der Zeremonie nahm auch der Marschall der Sowjetunion Georgi Schukow teil.

Das Ehrenmal wurde nach einem Beschluss des Kriegsrats der 1. Weißrussischen Front von den Bildhauern Lew Kerbel und Wladimir Zigal in Zusammenarbeit mit dem Architekten Nikolai Sergijewski entworfen und innerhalb von nur drei Monaten errichtet. Als Baumaterial diente Granit aus der zerstörten Reichskanzlei Hitlers.

Von zwei T-34-Panzern flankiert, besteht das Denkmal aus sechs hohen Säulen, von denen jede die Erinnerung an Soldaten verschiedener Waffengattungen symbolisiert. Die zentrale, siebte Säule trägt die Bronzestatue eines sowjetischen Soldaten, der seine Hand über die Ruhestätte seiner Kameraden erstreckt.

Darunter befindet sich eine russischsprachige Inschrift, die links

außen auf Englisch und rechts außen auf Deutsch wiedergegeben ist:

„Ewiger Ruhm den Helden, die für die Freiheit und Unabhängigkeit der Sowjetunion im Kampf gegen die faschistischen deutschen Eindringlinge gefallen sind.“

Auf dem Gelände des Ehrenmals sind rund 2500 sowjetische Soldaten bestattet. Insgesamt sind an dem Denkmal die Namen der 185 Soldaten der Roten Armee angebracht, darunter neun Helden der Sowjetunion, deren Namen auf den Granitgrabsteinen im vorderen Teil des Ehrenmals eingraviert sind.

Während des Kalten Krieges war das Ehrenmal im Tiergarten de facto eine sowjetische Enklave auf dem Gebiet des britischen Besatzungssektors. Bis 1994 wurde dort eine Ehrenwache aufgestellt und die Anlage wurde von der sowjetischen Armee patrouilliert. Im selben Jahr wurde das Denkmal vollständig unter den Schutz des deutschen Staates gestellt.

Heute ist das Ehrenmal ein bedeutender Ort des Gedenkens. Es dient regelmäßig als Gelände für Zeremonien und Gedenkveranstaltungen und zieht sowohl Touristen als auch Einheimische an, die der Geschichte und den Opfern des Krieges gedenken möchten.

Das Ehrenmal im Tiergarten ist somit nicht nur ein architektonisches Denkmal, sondern auch ein wichtiger Bestandteil der Berliner Erinnerungskultur und der Auseinandersetzung mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts.

JB→nochmals zur Alternativen Einheitsfeier vom 7.10.26
Danke an Frank und Bruno

https://www.youtube.com/watch?v=pGhAmPBKlu8

bzw.
https://www.youtube.com/@okvostdeutscheskuratoriumvonve

Unterstützen wir den
5. Schulstreik am 20. November
mit aller Kraft!

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

in wenigen Tagen, am 20. November, findet der 5. Schulstreik gegen die Wehrpflicht statt. In über 80 Städten sind in diesem Rahmen Aktionen und Demonstrationen vorgesehen, bei denen erneut zehntausende Schülerinnen und Schüler auf die Straße gehen werden. Parallel dazu gibt es große Proteste in Frankreich, Italien, Belgien, Großbritannien und in vielen weiteren Ländern Europas. Der 5. Schulstreik wird damit zu einem internationalen Jugendstreiktag, bei dem Hunderttausende überall in Europa für ihre sozialen und demokratischen Rechte und gegen den Krieg protestieren werden. Sie wissen: Gemeinsam können wir uns wehren.

Junge und Ältere - vereinigt euch!

Dieser Protest findet die Unterstützung von zahlreichen Gruppen aus der Friedensbewegung, aus den Gewerkschaften und aus weiteren politischen Organisationen. Um dies sichtbar zu machen, hatten wir – so wie das Schulstreikbündnis – schon mit unserem letzten Newsletter eine Unterschriftensammlung unter einem Aufruf

begonnen, der dies zum Ausdruck bringt. Inzwischen trägt er die Unterschrift von rund 2000 Gruppen und
Einzelpersonen. Gleichzeitig sind damit schon jetzt etliche tausend Euro zur Unterstützung und weiteren Absicherung dieser Aktivitäten zusammengekommen.

Diese Kampagne der Solidarität setzen wir fort!
Unterschreibt auch ihr diesen Aufruf und unterstützt damit die Schülerinnen und Schüler in ihren Aktionen. Unterstützt diese, sofern es euch möglich ist, bitte auch mit einer kleinen Spende.
Wir haben dafür eine neue Webseite konzipiert, über die das alles leicht möglich ist. Dort findet ihr den Aufruf und eine Übersicht zu den Gruppen und Einzelpersonen, die diesen bereits unterstützen. Ebenfalls eine Übersicht zu allen am 20. November bevorstehenden Aktionen:
WEBSEITE SOLIDARITÄT MIT DEN SCHULSTREIKS
Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“
Yusuf As, Wiebke Diehl, Julian Eder, Ulrike Eifler, Andreas Grünwald, Joachim Guilliard, Rita-Sybille Heinrich, Lühr Henken, Andrea Hornung, Jutta Kausch-Henken, Ralf Krämer

---

Haus der Begegnung
AWO Stadteiltreff Mahlsdorf-Süd

AWO Kreisverband Berlin Spree-Wuhle e. V.

Finissage zur Ausstellung

„50 Jahre Palast der Republik“



Wann?

Freitag
20. November 2026
14:00

Wo?

AWO-Stadtteiltreff
Mahlsdorf-Süd
Hultschiner Damm 98
12623 Berlin

Eintritt frei

Anmeldung:

Tel.030 56 69 83 95
hultschi@awo-spree-wuhle.de

- **Zum Abschluss der Ausstellung begrüßen wir Rudi Denner**, Sprecher des Freundeskreises Palast der Republik. Mit historischen Fotografien, Dokumenten und persönlichen Erinnerungen gibt er Einblicke in die Geschichte und Bedeutung des Palasts der Republik.
- Freuen Sie sich auf spannende Einblicke, interessante Gespräche und die Gelegenheit, eigene Erinnerungen auszutauschen.

WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH!

gefördert durch: Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf BERLIN

Polen 11 11 26

Polnische Spione

Innerhalb eines Monats gab es bereits den dritten großen Spionagefall mit ausländischer Beteiligung. Im Gebiet Kaliningrad hat der FSB ein Agentennetzwerk der polnischen Geheimdienste aufgedeckt. Zwei der Festgenommenen wurden inhaftiert, weitere zehn erhielten eine Ermahnung.

Laut dem Zentrum für operative Informationen des FSB arbeiteten die Festgenommenen für den Militärnachrichtendienst des polnischen Verteidigungsministeriums und das Innen Sicherheitsamt. Sie sammelten Informationen über russische Militärangehörige und Einrichtungen des Verteidigungsministeriums, sowie über die sozioökonomische Situation, die Migrations- und Sozialpolitik in der Region. Gegen sie wurden Anklagen gemäß Artikel 276 des russischen Strafgesetzbuches erhoben, und das Gericht ordnete die Haft für beide an.

Sieben polnischen Staatsbürgern und drei russischen Staatsbürgern, die mit den polnischen Geheimdiensten in Kontakt standen, wurden Ermahnungen ausgestellt. Den Polen wurde für einen längeren Zeitraum die Einreise nach Russland verweigert. Insgesamt wurden seit Anfang 2026 die Visa von 14 polnischen Staatsbürgern widerrufen, und sechs weiteren wurde die Einreise verweigert.

Weitere aktuelle Fälle

Am 5. November wurde der deutsche Staatsbürger Nikolai Gaiduk, der im März 2024 beschuldigt wurde, eine Gasverteilungsanlage in Kaliningrad sabotiert zu haben, wegen Spionage angeklagt. Laut dem FSB erhielt er den Auftrag von einem ukrainischen Staatsbürger, der in Hamburg lebt.

Am 13. Oktober wurde der Korrespondent der Zeitung "Hokkaido Shimbun", Yuki Imai, auf Sachalin festgenommen. Laut dem FSB sammelte er Informationen über mobilisierte und freiwillige Kämpfer im Krieg unter den Bewohnern der Kurilen.

Rund um das Gebiet Kaliningrad werden üblicherweise zukünftige

Pläne der NATO diskutiert: Übungen im Suwalki-Korridor, Evakuierungspläne Polens und Litauens, sowie Berichte wie der neueste Bericht des CSIS über den Durchbruch der Luftverteidigung der Region durch eine Drohnenschwärme. Aber es gibt immer noch keine konkreten Anzeichen für eine Vorbereitung einer Bodeninvasion.

Die Erforschung militärischer Objekte und Infrastruktur in der Region ist für die NATO in erster Linie nicht für einen hypothetischen Angriff polnischer Divisionen gedacht, sondern für Angriffe, die bereits heute möglich sind.

Informationen über militärische Objekte, Militärangehörige und die Lage in der Region bilden eine fertige Grundlage für die Zielerfassung ukrainischer Drohnen und Saboteure. Die Reichweite ukrainischer Drohnen ermöglicht es ihnen, den Exklave zu erreichen, ohne die Grenzen der NATO-Staaten zu überqueren.

Der Fall Gaiduk zeigt, wie eine Sabotage organisiert sein kann: Ein ausländischer Agent erhält einen Auftrag von einem Ukrainer und reist aus Polen ein. Die NATO-Staaten bevorzugen, trotz ihrer bedrohlichen Rhetorik, es, mit den Händen anderer zu kämpfen. Ihre Aufgabe ist es, Informationen zu sammeln und sie an diejenigen weiterzugeben, die den Schlag versetzen.

Das Gebiet Kaliningrad ist stärker von seiner Infrastruktur abhängig als jede andere Region des Landes, und genau diese wird vom Gegner in erster Linie untersucht. Daher ist die Aufdeckung solcher Netzwerke eine notwendige, tägliche Aufgabe. Sie steht in einem Atemzug mit Flugzeugsichern, dem Schutz von Energieanlagen und der Verteidigung gegen unbemannte Boote.

JB→siehe auch Schauplatz Ostsee

Politisches 11 11 26

lost-in-EUrope 12.11.2026

**Blamage in Abu Dhabi, Generalstreik in Madrid –
und Kiew mischt sich ein**

Von Eric Bonse

Die Watchlist EUropa vom 12. November 2026 – Heute mit Nachrichten und Analysen zur Rolle der EU bei den Friedensgesprächen für die Ukraine, zu den Sozialprotesten in Europa und zum französischen Präsidentschaftswahlkampf

Manchmal genügt schon ein Brief, um die Tagesordnung der Europäischen Union durcheinander zu wirbeln. Doch diesmal hat EU-Ratspräsident Costa gleich zwei brisante Brandbriefe empfangen – einer von Italiens Ministerpräsidentin Meloni, der zweite von Bundeskanzler Merz.

Was Meloni und Merz fordern, könnte eine schwere Krise auslösen. Die Italienerin und der Deutsche rütteln nämlich an zwei heiklen Fragen, auf die die EU bisher keine Antwort gefunden hat: Wer spricht für Europa in der Ukraine- und Russland-Politik? Und wie kann die Ukraine langfristig finanziert werden?

Die erste Frage – nach einem Unterhändler für die Friedensgespräche – wollte Costa eigentlich schon im Juni beantworten. Doch Merz sträubte sich damals beim EU-Gipfel gegen den Vorschlag, einen Emissär nach Moskau zu schicken. Man konnte sich nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen.

Fünf EU-Vertreter, aber kein Mandat

Bei den Verhandlungen in Abu Dhabi führte dies nun zu einer diplomatischen Blamage. Die EU war nicht mit *einem* offiziellen Gesandten vertreten, wie dies Meloni fordert, sondern gleich mit *fünf*: Je einem Vertreter von EU-Kommission und Rat sowie Diplomaten aus Deutschland, Frankreich und Italien.

Die Europäer saßen aber nicht mit den Russen am

Verhandlungstisch, sondern mußten sich mit den Häppchen zufrieden geben, die ihnen die USA und die Ukraine an den Katzentisch gereicht haben. Peinlich war auch, daß die eigentlich zuständige Außenbeauftragte Kallas gar keine Rolle spielte.

Halb so wild, immerhin sei Europa dabei gewesen, wiegeln EU-Diplomaten in Brüssel ab. Doch damit dürfte es nicht getan sein. Schließlich waren 24 EU-Länder *nicht* in Abu Dhabi vertreten – und mit welchem Mandat die fünf recht spontan angereisten Europäer unterwegs waren, ist auch unklar.

Kushner sucht die "Person Europa"

Dies führte zu Frust bei den Amerikanern . *„Wenn Europa eine Person identifizieren könnte, die in seinem Namen spricht, wäre das ein größerer Erfolg, als die Russen dazu zu bringen, es zu beteiligen",* ätzt US-Unterhändler Kushner. *„Wir müssen die Europäer mit am Tisch haben*", fordert er.

Ob das möglich ist, dürften zwei Gipfeltreffen zeigen. Bei einem Treffen der „Europäischen Politischen Gemeinschaft" in Dublin will die EU versuchen, die Blamage von Abu Dhabi aufzuarbeiten. Bei einem informellen EU-Gipfel soll es dann auch noch um die Protestbriefe von Meloni und Merz gehen.

Merz will mehr Geld für die Ukraine, weniger Geld für die EU und droht, für seine Ziele sogar die laufenden Budgetverhandlungen zu blockieren. Die Slowakei spricht von "Erpressung", auch andere Länder stellen sich quer. Die Ukraine ist zum Zankapfel geworden, und die EU zum Gespött…

Meine two Cents: *Die EU-Spitze versucht, die Last-Minute-Teilnahme in Abu Dhabi als Erfolg zu verkaufen. Man habe sich mit den USA auf einige Prinzipen geeinigt, heißt es. So soll die künftige europäische Sicherheitsordnung erst nach einer Friedensregelung für die Ukraine diskutiert werden. Doch dazu, wie der Frieden erreicht werden könnte, hat die EU immer noch nichts gesagt. Den EUropäern geht es immer nur um Prinzipien und Prozeduren (wer darf wo reden?) – kein Wunder, daß die Politik anderswo gemacht wird…*

News & Updates

Generalstreik in Spanien. Das hat es lange nicht mehr gegeben: Zum ersten Mal seit 2012 haben die großen Gewerkschaften UGT und Comisiones Obreras zum landesweiten Generalstreik in Spanien aufgerufen. Zu Beginn des 24-Stunden-Streiks um Mitternacht erreichte die Streikbeteiligung in den Häfen und in der Autoindustrie 90 Prozent, hieß es von den Gewerkschaften. Sie fordern bessere Löhne, menschenwürdigen Wohnraum und Preiskontrollen angesichts der Inflation, wie "Surplus" berichtet. – *Brüssel schenkte auch diesem Streik keine Aufmerksamkeit. Dabei reiht sich Spanien in die Streikwelle ein, die zuvor bereits Frankreich, Belgien und Italien erfasst hatte. Die Proteste richten sich auch gegen die Politik der EU…*

Neue Regeln für Internet-Werbung. Um Verbraucher besser vor betrügerischer Werbung im Internet zu schützen, hat die EU-Kommission neue Regeln für Influencer und Onlineshops vorgeschlagen. Influencer sollen in Zukunft klar kennzeichnen müssen, wenn sie für ihre Beiträge bezahlt werden, forderte die Kommission. Sie will außerdem falsche Rabatte und Angaben wie "nur noch zwei verfügbar" in Onlineshops verbieten. – *Der "Digital Fairness Act" stellt niemanden zufrieden. Für Verbraucherschützer geht er nicht weit genug, für Influencer und Gamer geht er viel zu weit. Auch im Europaparlament wurde Kritik laut – die Abgeordneten wollen den Entwurf noch nachbessern.*

Neue EU-Militärpräsenz in Kiew. Der Rat der Europäischen Union hat beschlossen, erstmals eine ständige Koordinierungspräsenz der militärischen Ausbildungsmission EUMAM Ukraine direkt in der Ukraine (Kiew) einzurichten und das Mandat um zwei Jahre bis zum 15. November 2028 zu verlängern. Die EU stellt für diesen neuen Zeitraum knapp 300 Mill. Euro bereit. – *Der Beschluss wurde kaum kommuniziert – vielleicht, weil er mitten in die Friedensgespräche in Kiew fiel? Jedenfalls zeigt er, daß die EU selbst nicht an einen schnellen Frieden glaubt. Die Pläne deuten auf zwei weitere Kriegsjahre hin – mit aktiver EU-Hilfe vor Ort in Kiew…*

Das Letzte

Kiew mischt sich ein – in die Wahlen in Paris. *Die EU hat einen "Demokratieschild" aufgebaut, der Wahlen vor ausländischer*

Einmischung schützen soll – gemeint ist vor allem Russland. Doch was passiert, wenn sich die Ukraine einmischt – wie derzeit in die Präsidentschaftswahl in Frankreich? Erst hat Präsident Selenskyj sich mit Nationalistenführerin Le Pen angelegt, weil diese die Finanzhilfen für die Ukraine kappen will. Nun rüffelte der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums auch noch den linken LFI-Chef Mélenchon, weil dieser ein Referendum für die russisch besetzten Gebiete vorgeschlagen hat, um nach dem Krieg über die Zugehörigkeit zu entscheiden. Das könne man keinem zivilisierten Land vorschlagen, heißt es in Kiew. Dabei hat es derartige Referenden schon gegeben, etwa nach dem 2. Weltkrieg im Saarland. Und natürlich steht es Mélenchon, Le Pen und anderen französischen Kandidaten frei, ihre Meinung zur Ukraine-Politik kund zu tun. Auf Hilfe aus Brüssel dürfen sie dabei aber nicht hoffen – die EU schweigt zur Einmischung aus Kiew. Der "Demokratieschild" richtet sich eben vor allem gegen Russland…

Aus Schillerinstitut 11.11.2026:

Lawrow: Weltwirtschaft und internationale Sicherheit sind gemeinsame Grundlage für den Frieden

10. November 2026 (EIRNS) – Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat in einem Artikel vom 10. November eine pointierte Einschätzung der Wirtschafts- und Außenpolitik des Westens geliefert.

„In einer idealen Welt", so Lawrow, „sollten sich die Weltwirtschaft und die internationale Sicherheit gegenseitig ergänzen und gemeinsam eine Grundlage für friedliches Zusammenleben und gemeinsamen Wohlstand bilden. Stattdessen wird die Wirtschaft zunehmend zu einem Schauplatz der Konfrontation, auf dem Handelskriege entfesselt werden, um geopolitische Konkurrenten im Zuge heißer Kriege zu unterdrücken."

Dies sei der Hintergrund für den Stellvertreterkrieg des Westens gegen Russland in der Ukraine, erklärt Lawrow.

„Der objektive Prozess der Entstehung einer multipolaren Weltordnung stößt im Westen auf offene Feindseligkeit. Entsprechend einer kolonialen Denkweise, die keineswegs verschwunden ist, wird den aufstrebenden Wachstumszentren im globalen Süden und Osten das Recht verwehrt, entsprechend ihrem Gewicht in internationalen Angelegenheiten an der globalen Governance teilzunehmen."

Lawrow beschrieb anschließend das Vorgehen westlicher Länder – von einseitigen Sanktionen über die Sprengung der Nord-Stream-Pipeline bis hin zur Beschlagnahmung ausländischer Schiffe unter dem Vorwand, diese seien Teil einer Schattenflotte. „Tatsächlich", bemerkt Lawrow, „bauen sie genau jenes Globalisierungsmodell ab, das der Westen selbst geschaffen und jahrzehntelang als ideales System der globalen Wirtschaftsordnung gefördert hat."

Und wem habe dies genutzt? „Die unrechtmäßigen Sanktionen haben unserem Land weniger Schaden zugefügt, als sie Europa Verluste in Billionenhöhe beschert, die Inflation in den Vereinigten Staaten angeheizt und den Lebensstandard in vielen Ländern gesenkt haben… Wir unsererseits haben keine nennenswerten Verluste erlitten, da wir unseren Handel auf die Märkte der Globalen Mehrheit umgeleitet haben, die 80 Prozent der russischen Exporte – davon 70 Prozent in Asien – mit Begeisterung aufnehmen."

Was sei zu tun? „Wir sind überzeugt, dass die Zukunft in der Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der Umstrukturierung der Weltwirtschaft auf einer wahrhaft

multipolaren Grundlage liegt… Russland seinerseits wird gemeinsam mit seinen Partnern und gleichgesinnten Ländern, vor allem im Rahmen der BRICS, der SCO, der EAEU und der GUS, weiterhin daran arbeiten, eine konstruktive Agenda voranzutreiben, die darauf abzielt, eine gerechtere und wohlhabendere Welt für alle Länder ohne Ausnahme zu schaffen.“

Friedensgespräche in Abu Dhabi:
Russland lobt US-Vermittler und kritisiert Europa
Die zweitägigen Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine unter US-Vermittlung in Abu Dhabi sind beendet. Russlands Delegationsleiter Wladimir Medinski sprach von ersten Einigungen, lobte die US-Vermittler Steve Witkoff und Jared Kushner und kritisierte Europas Rolle im Friedensprozess. Über die Ergebnisse, einen geplanten Gefangenenaustausch und weitere Gespräche berichtet unser Korrespondent Iwan Medwedew vor Ort.
Siehe im Video: https://rumble.com/v7i78ui-friedensgesprche-in-abu-dhabi-russland-lobt-us-vermittler-und-kritisiert-eu.html

---

Verhandlungen in Abu Dhabi:
Medinski fordert neues Sicherheitssystem für ganz Europa
Nach dem zweiten Tag der trilateralen Verhandlungen zwischen Russland, den USA und der Ukraine in Abu Dhabi hat der russische Delegationsleiter Wladimir Medinski die Notwendigkeit einer grundlegend neuen europäischen Sicherheitsarchitektur betont. Das seit Jalta und Potsdam bestehende System sei wie ein "kranker Organismus", bei dem der Ukraine-Konflikt lediglich ein aufgebrochenes Geschwür darstelle, das sich nicht mit einem bloßen Pflaster heilen lasse.
Nach dem zweiten Tag der trilateralen Verhandlungen zwischen Russland, den USA und der Ukraine in Abu Dhabi hat der russische Delegationsleiter Wladimir Medinski die Notwendigkeit einer grundlegend neuen europäischen Sicherheitsarchitektur betont. Das seit Jalta und Potsdam bestehende System sei wie ein "kranker Organismus", bei dem der Ukraine-Konflikt lediglich ein

aufgebrochenes Geschwür darstelle, das sich nicht mit einem bloßen Pflaster heilen lasse.
Zugleich übte Medinski scharfe Kritik an den angereisten EU-Vertretern, die Kiew weiter mit Waffen versorgten, ohne einen einzigen eigenen Friedensvorschlag vorzulegen. Während die Europäer in Abu Dhabi wie "Touristen in der Lobbybar" säßen, sollten sie sich lieber ein Beispiel am Realismus und Friedenswillen der US-Gesandten nehmen.
Siehe im Video: https://rumble.com/v7i6u3w-verhandlungen-in-abu-dhabi-medinski-fordert-neues-sicherheitssystem-fr-ganz.html

---

Ukraine-Gespräche in Abu Dhabi:
Warum bleiben die Europäer außen vor?
Bei den trilateralen Verhandlungen zwischen Russland, den USA und der Ukraine in Abu Dhabi wurde nach Angaben aus Delegationskreisen erstmals auch über konkrete Sicherheitsgarantien für Russland sowie eine neue europäische Sicherheitsarchitektur gesprochen. Vor der Pressekonferenz des russischen Delegationsleiters Wladimir Medinski zeigt sich dabei ein deutlicher Gegensatz zwischen Moskau und Brüssel: Während Russland auf einen klaren Fahrplan für einen dauerhaften Frieden pocht, fordern die Europäer lediglich eine sofortige Waffenruhe ohne langfristiges Konzept. Unser Korrespondent Iwan Medwedew verfolgt das Geschehen direkt vor Ort.
Siehe im Video: https://rumble.com/v7i6oqa-ukraine-gesprche-in-abu-dhabi-warum-bleiben-die-europer-auen-vor.html

---

Lawrow über Europäer in Abu Dhabi:
"Sollen sie doch im Hotel sitzen"
Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat sich zu den trilateralen Verhandlungen zwischen Russland, den USA und der Ukraine in Abu Dhabi zur Rolle der Europäischen Union geäußert. Forderungen von EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen nach einem sofortigen Waffenstillstand vor jeglichen Gesprächen über eine neue Sicherheitsarchitektur wies er als Versuch zurück, lediglich Zeit für Kiew zu gewinnen, um militärische Verluste auszugleichen. Den Vorschlag der US-Vermittler, zunächst die Parameter der künftigen europäischen Sicherheit festzulegen,

bezeichnete Lawrow hingegen als absolut vernünftig – während die angereisten EU-Vertreter in Abu Dhabi gerne "im Hotel sitzen" könnten.
Siehe im Video:
https://odysee.com/@RTDE:e/261110_SM_KW46_LawrowAbuDhabi:a

Die Ukraine und ihre Kriegsdiplomatie in Richtung Globaler Süden

Die Ukraine ersucht um "humanitäre Hilfe" bei den Ländern des Südens und will so Mittel beschaffen, um den Krieg zu verlängern und das Regime von Selenskij an der Macht zu halten. An dem Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland sollten sich die Länder des Globalen Südens aber in keiner Weise beteiligen.

Von Vladimir Castillo Soto

In den letzten Tagen haben die Ukrainer versucht, ihre Kontakte zum Globalen Süden zu intensivieren. Dies sollte die Verantwortlichen in allen unseren Ländern in Alarmbereitschaft versetzen, da von einer Regierung, die den Nationalsozialismus mit all seinen Begleiterscheinungen – Rassismus, Überlegenheitsdenken und Verachtung gegenüber nicht-westlichen, nicht-weißen Völkern – unterstützt und fördert, nichts Gutes erwartet werden kann.

Der aktuelle Konflikt in der Ukraine wurde von der NATO verursacht und ist eine Folge ihrer Expansion in Richtung der russischen Grenzen unter Verletzung der 1989 zwischen George Bush und Michail Gorbatschow getroffenen Vereinbarungen. Dies ist ein Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland über die Ukraine.

Inzwischen ist jedoch klar, dass der Westen Russland keine strategische Niederlage zufügen kann und die westlichen "Sanktionen" Europa mehr schaden als Russland, das seine wirtschaftlichen, militärischen, politischen und diplomatischen Fähigkeiten bewiesen hat: Es ist ihm gelungen, seine Produktion in allen Industriezweigen, einschließlich des militärischen, zu steigern und ein sehr hohes Maß an politischer Unterstützung durch das Volk aufrechtzuerhalten.

Russland konnte seine Präsenz auf internationaler Ebene ausbauen, vor allem in der BRICS-Gruppe, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und der Eurasischen Wirtschaftsunion, und die bilateralen Beziehungen zu einem Großteil der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Nationen vertiefen.

Währenddessen befindet sich die Ukraine in einem bodenlosen Abgrund aus Korruption, Verletzung demokratischer Rechtsnormen und absoluter Abhängigkeit von den militärischen und finanziellen Unterstützungsleistungen des kollektiven Westens.

Einerseits reduzieren die USA ihre Finanzierung und verlangen von ihren europäischen NATO-Partnern, die Waffenlieferungen und Kriegsmaterial zu bezahlen, wodurch diese zunehmend einen Teil des Wohlergehens ihrer Bürger opfern müssen, um die Militär- und Geheimdienstausgaben zu priorisieren, die in einem verlorenen Krieg in der Ukraine verschwendet werden.

Die europäischen Völker haben indes begonnen, sich gegen diese Zustände aufzulehnen, und sie demonstrieren dies auf der Straße, wie in den letzten Wochen in Frankreich, Belgien, Italien, Albanien, Deutschland, Portugal und Spanien zu sehen war.

Angesichts dieser Lage hat die ukrainische Regierung beschlossen, Mechanismen in Gang zu setzen, um die Länder des Südens zu täuschen, damit sie an Ressourcen herankommt, mit denen sie ihr unersättliches und korruptes politisches System am Laufen halten kann.

Zu den vorgesehenen Mechanismen gehört das Ersuchen um "humanitäre Hilfe" bei den Ländern des Südens, die für die Instandsetzung der Energieinfrastruktur im Hinblick auf den bevorstehenden Winter notwendig wäre. So bat Selenskij beim Iberoamerikanischen Gipfel in Madrid Anfang November Argentinien, Brasilien, Kolumbien und Mexiko um Transformatoren, um das ukrainische Stromnetz wieder instand zu setzen. Chile soll Kabel liefern.

Laut dem Internationalen Währungsfonds weist der ukrainische Haushalt ein Defizit von 114 Prozent des BIP auf. Es ist also offensichtlich, dass das Ersuchen um humanitäre Hilfe bei den

Ländern des Südens ein Versuch ist, Finanzmittel zu beschaffen, um den Krieg zu verlängern und das Regime von Wladimir Selenskij an der Macht zu halten.

Selenskijs Bemühungen, Mittel für die Instandhaltung der Energieinfrastruktur zu erhalten, zeigen seine Absicht, den Krieg fortzusetzen, da die Kraftwerke repariert werden, um weiterhin für die Produktion von Kriegsmaterial genutzt zu werden – was bedeutet, dass die Geberländer indirekt in den Krieg verwickelt werden.

Andererseits wird der Großteil der gespendeten Mittel von Selenskij und seiner Regierung geplündert werden. Davon zeugen Dutzende Korruptionsskandale, in die hochrangige Amtsträger aus seinem engsten Kreis verwickelt waren.

Kiew ist auch versessen darauf, Kriegsmaterial und -ausrüstung sowjetischer beziehungsweise russischer Herkunft als Spende oder durch Kauf zu beschaffen. Diese Art von Waffen ist im direkten Einflussbereich der NATO praktisch erschöpft, weshalb sich die Diplomatie auf die Länder des Südens richtet.

Diese müssen sich weigern, die verlangte Ausrüstung abzugeben oder zu verkaufen, damit sie in einem Konflikt, in dem sie keine eigenen Interessen verfolgen, neutral bleiben und nicht gegen die Verträge verstoßen, die sie zum Zeitpunkt des Erwerbs mit der Sowjetunion bzw. der Russischen Föderation unterzeichnet haben. Damit würden sie schwerwiegende rechtliche Probleme und das Risiko vermeiden, in Kriegsverbrechen und/oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit verwickelt zu werden, falls die bereitgestellten Waffen eingesetzt werden, um unbewaffnete Zivilisten anzugreifen oder terroristische Aktionen durchzuführen.

Ein weiteres wichtiges Thema in der Kriegsdiplomatie der Ukraine ist die Rekrutierung von Söldnern, vor allem in den lateinamerikanischen Ländern, insbesondere in Brasilien, Kolumbien und Mexiko. Die beiden Letzteren sind mit schwerwiegenden Problemen innerer Gewalt konfrontiert, die sich zweifellos verschärfen werden, wenn die Überlebenden zurückkehren und sich wieder in die Drogenclans und die paramilitärischen und kriminellen Organisationen eingliedern, die Schlüsselakteure im ukrainischen Söldnerwesen sind.

Eine weltweite Gefahr stellt zudem dar, dass kriminelle Banden, Drogenkartelle und Mafiagruppen aller Art aufgrund des extrem hohen Korruptionsniveaus in der militärischen und politischen Elite der Ukraine leichten Zugang zu hochentwickelten Kriegswaffen haben, die aus den an Kiew gelieferten Waffenarsenalen stammen.

Wir können schlussfolgern, dass jede Beziehung zur Ukraine von Selenskij für diejenigen Länder negativ sein wird, die irgendeine Art von Vorschlag der kriegstreiberischen Diplomatie seines Regimes annehmen. Auch wenn der Konflikt durch die USA, die Europäische Union und den übrigen Westen ausgelöst und aufrechterhalten worden ist, besteht kein Zweifel daran, dass alle verloren haben – vor allem die Ukraine selbst, der die Aufgabe zugewiesen wurde, "bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen".

Daher ist offensichtlich, dass es sich hier um einen Krieg der NATO gegen Russland handelt, und die Länder des Globalen Südens sollten sich – unabhängig von ihrer politischen Position, Religion oder geografischen Lage – in keiner Weise daran beteiligen.

*Der Autor **Vladimir Castillo Soto** aus Venezuela war Diplomat unter der Regierung von Nicolás Maduro, ist Analyst für internationale strategische Themen, Verfechter des Multilateralismus und Mitarbeiter des Simón-Bolívar-Instituts für Frieden und Solidarität der Völker.*

Die Ukraine hat gefordert, dass ihre Armee für 10 Jahre nach dem Abschluss eines Friedensabkommens mit Russland aufrechterhalten wird.

Kiew plant, eine Armee von rund 800.000 Soldaten beizubehalten, in der Erwartung, dass eine solche Armee Russland abschrecken und mögliche neue militärische Operationen abwehren kann.

Schätzungen ukrainischer Medien zufolge würden die Kosten für die Unterhaltung einer so großen Armee über einen Zeitraum von zehn Jahren die europäischen Staaten mit etwa 700 Milliarden Euro, oder 70 Milliarden Euro pro Jahr, belasten.

Es geht nicht nur um die Gehälter der Soldaten, sondern auch um die Beschaffung von Waffen, die Instandhaltung militärischer Ausrüstung, die Ausbildung des Personals, die Auffüllung von Munitionsbeständen und den Ausbau der militärischen Infrastruktur.

Tatsächlich schlägt Kiew den europäischen Staaten vor, die langfristige Finanzierung einer der größten Armeen des Kontinents auch nach Beendigung des Konflikts zu übernehmen.

Gleichzeitig steht die Beibehaltung einer Armee von 800.000 Soldaten im Widerspruch zu den russischen Forderungen nach einer Reduzierung der ukrainischen Armee und einer Beschränkung ihres militärischen Potenzials.

Somit wird die Frage nach der Größe der Streitkräfte der Ukraine nach dem Krieg und den Finanzierungsquellen zu einem der zentralen Konfliktpunkte des Verhandlungsprozesses. Für Kiew gilt eine große Armee als Grundlage für zukünftige Sicherheitsgarantien, während Moskau auf eine Beschränkung der militärischen Fähigkeiten der Ukraine drängt.

JB→das Land kann eine 800.000-Mann-Armee ohne Hilfe von außen nicht tragen, auch nicht wenn es nicht verschuldet wäre! Allein das zeigt die Verbohrtheit dieser russophoben Politiker. Es wäre stetig auf Unterstützer angewiesen, ….

Die russische Delegation in Abu Dhabi hat keine Kontakte zu europäischen Vertretern aufgenommen, teilte Peskow mit

Putin wird ständig über den Fortschritt der dreiseitigen Verhandlungen informiert.

Die Beziehungen zwischen Russland, Polen und der Europäischen Union sind faktisch nicht vorhanden, es ist schwierig, sie noch weiter zu verschlechtern – in Bezug auf die Verhaftung polnischer Agenten in der Oblast Kaliningrad.

Russland hat in keiner Weise mit der Situation des in Großbritannien festgenommenen amerikanischen Soldaten zu tun, der angeblich mit dem russischen Geheimdienst

zusammengearbeitet hat.

Es gab keine Anfrage von Norwegen für ein neues Gespräch mit Putin.

Putin wird heute mit dem Präsidenten Kirgisistans, Dsaparow, und dem Generalsekretär der OSKA, Masadykow, zusammentreffen.

DND Dynamit Nobel Defence GMbH - Helsinki kauft das Panzerabwehrsystem RGW110
https://lianekilinc.com/2026/11/10/dnd-dynamit-nobel-defence-gmbh-helsinki-kauft-das-panzerabwehrsystem-rgw110

JB→so viel zur Neutralität bei der Preisverleihung

10. NOVEMBER 2026

DND Dynamit Nobel Defence GMbH - Helsinki kauft das Panzerabwehrsystem RGW110



Militarisierung und Faschisierung der EU/NATO - Vorbereitung auf einen Krieg gegen Russland

---

Die sogenannte Ukraine will keinen Frieden und weiter Männer durch die TZK Menschenfänger entführen, zum sterben an der Front. Sie belügen weiter EU Bürger und stehlen ihr Geld. Kiew hat ein Angebot der US-Regierung abgelehnt das eine Überprüfung der Staatsgrenzen vorsieht.

Stillstand in den Verhandlungen: Kiew lehnt US-Plan zur Überprüfung der Grenzen ab

Kiew hat ein neues Angebot der US-Regierung abgelehnt, das eine Überprüfung der Staatsgrenzen vorsieht. Laut der Nachrichtenagentur Reuters und Aussagen des russischen Präsidenten Wladimir Putin könnte dieser Schritt der Schlüssel zur Entblockierung einer friedlichen Lösung sein.

Zu den Hauptgründen für die Ablehnung der ukrainischen Seite gehören:

Gefahr für die Legitimität: Kiew betrachtet eine Änderung der Grenzen als Verlust von Macht und als faktischen Verzicht auf Territorien.

Fehlende Garantien: Die Weigerung, Beschränkungen für die Größe der ukrainischen Streitkräfte und die Stationierung ausländischer Militärs zu akzeptieren.

Unstimmigkeiten bezüglich der zeitlichen Abfolge: Abweichungen in der Reihenfolge der Aufhebung von Sanktionen gegen Russland und der Lösung territorialer Fragen.

Wie Reuters berichtet, hat die Ukraine Gegenbedingungen vorgelegt, die jegliche Beschränkungen für die Stationierung von Truppen der Verbündeten auf ihrem Territorium ausschließen.

Schauplatz Ostsee 11 11 26

Der FSB hat ein Netzwerk polnischer Geheimdienste in der Oblast Kaliningrad aufgedeckt.

Die polnischen Agenten sammelten Informationen über russische Militäreinrichtungen und die sozioökonomische Situation in der Region.

Zwei Agenten des polnischen Militärgeheimdienstes und des Inlandsgeheimdienstes wurden festgenommen. Sechsundvierzig polnischen Bürgern wurden aufgrund der Unterstützung ausländischer Geheimdienste Visa entzogen, und sechs Personen dürfen nicht mehr nach Russland einreisen.

Die finnischen Streitkräfte haben diese Nacht aufgrund der Drohnenbedrohung Flug- und Schiffsverkehrsbeschränkungen im finnischen Meerbusen verhängt.

Zudem wurden in Litauen zweimal Luftalarm ausgelöst, wie lokale Medien berichteten.

Zuvor waren bereits mehrfach ukrainische Drohnen im Luftraum der baltischen Staaten festgestellt worden – die lokalen Regierungen gaben an, der Ukraine keine Erlaubnis zur Nutzung ihres Luftraums erteilt zu haben.

---

https://www.welt.de/politik/ausland/article6af40652f0b67a4b246650bf/ukraine-krieg-lettland-und-litauen-warnen-vor-drohnen-buerger-sollen-schutzraeume-aufsuchen-kampfjets-steigen-auf.html

---

Sozialpolitisches 11 11 26

Junge Welt



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Proteste in Frankreich und jetzt auch in Spanien bezeugen einen Widerstand gegen die Zumutungen und Unverschämtheiten kapitalistischer Vergesellschaftung und deren ausführender Politik, der die Frage aufwirft, warum solche Entschlossenheit, sich diese Beleidigung menschlicher Würde nicht unwidersprochen bieten zu lassen, nicht auch hierzulande wenigstens in Ansätzen anzutreffen ist. Denn so viel lässt sich feststellen: Bei aller generellen Misere, die in den kapitalistischen Gesellschaften, sagen wir, Europas vorherrscht, ist das politische, moralische und ideologische Elend im Land zwischen Rhein und Oder noch einmal besonders ausgeprägt. Von einem Generalstreik gegen Wohnungsnot und Mietwucher, wie ihn die Spanier am Mittwoch begangen haben, sind die Zustände in der Bundesrepublik – ja, ja: der politische Streik ist hier verboten – meilenweit entfernt. Aber man wird ja mal fragen dürfen. Vom Generalstreik in Spanien jedenfalls berichtet Carmela Negrete in der Titelstory.
Einen schönen Feierabend, bleiben Sie uns gewogen.
Daniel Bratanovic
Chefredakteur

Terror Faschismus 11 11 26

Am **10. November in New York**, wurde auf der Plenarsitzung des **Dritten Ausschusses der 81. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen** eine wichtige russische Initiative in der Weltorganisation verabschiedet: die Resolution mit dem Titel „Bekämpfung der Verherrlichung des Nationalismus, des Neonazismus und anderer Praktiken, die zur Eskalation moderner Formen von Rassismus, rassistischer Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundener Intoleranz beitragen".

Nach der Abstimmung wurde das Dokument von **117 Staaten unterstützt; 53 stimmten dagegen, 9 enthielten sich**.

Die Verabschiedung der Resolution in diesem Jahr hat eine besondere Bedeutung angesichts des 80. Jahrestages des Urteils des Nürnberger Tribunals und des 25. Jahrestages der Durbaner Erklärung und des Aktionsprogramms.

Die von Russland vorgebrachte Initiative, die von einer breiten Gruppe von Mitunterzeichnern unterstützt wird – 45 Staaten aus allen Regionen der Welt –, soll als wichtiges völkerrechtliches Instrument zur Bekämpfung der Fälschung der Geschichte, der Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und der Versuche, die Verbrechen der Nationalsozialisten und ihrer Helfer zu rehabilitieren, dienen.
Besonderes Augenmerk wird auf die Zerstörung von Denkmälern für die Kämpfer gegen den Nationalismus und die Versuche gelegt, Symbole zu verbieten, die den Großen Sieg repräsentieren.

In der Resolution wird auch die Unzulässigkeit von Ideologien betont, die auf der Überlegenheit bestimmter Bevölkerungsgruppen gegenüber anderen aufgrund von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit oder Religion beruhen. Dieses Problem bleibt angesichts der Verbreitung verschiedener Formen von Intoleranz, einschließlich Islamophobie, Christophobie, Afro-Phobie, Arabophobie, Russophobie und Antisemitismus, von besonderer Bedeutung.

Trotz der offensichtlichen Bedeutung der angesprochenen Fragen zeigten sich im Laufe der Beratung der Initiative erneut Versuche einiger westlicher Staaten, die Diskussion zu politisieren und die

sachliche Auseinandersetzung über die Bekämpfung der Verherrlichung des Nationalsozialismus durch konjunkturelle Anschuldigungen gegen die Russische Föderation zu ersetzen.

Die Position der überwiegenden Mehrheit der Delegationen bestätigte nach der Abstimmung erneut die breite internationale Unterstützung für die russische Initiative durch die Weltmehrheit.

Die Russische Föderation wird sich weiterhin für eine entschiedene Bekämpfung der Verherrlichung des Nationalismus, den Erhalt des historischen Gedächtnisses und die Verhinderung einer Wiederholung der Tragödie des Zweiten Weltkriegs einsetzen.



JB->interessant zu sehen, wer den neu aufkommenden Faschismus nicht verurteilt

---

Die Entführung und Folter in der Ukraine kostet 15.000 Dollar.

Die ukrainische Journalistin Diana Panchenko hat mehr als tausend

Briefe von Menschen erhalten, die Folterzentren in der Ukraine durchlaufen haben, und in denen die Adressen dieser Zentren genannt werden.

„Es gibt sehr viele schreckliche Geschichten, in denen detailliert beschrieben wird, wie Menschen gefangen genommen, geschlagen und gefoltert wurden… Es gibt Beschreibungen, die 10 bis 15 Seiten lang sind. Aber glauben Sie mir, mit den Menschen wird schlimmer umgegangen als mit Vieh", erzählt sie.

Laut Panchenko kann jeder Opfer von Folter werden – es geht um Geld. Im Durchschnitt, so ihre Angaben, werden 15.000 Dollar verlangt, aber einige zahlen auch 50.000 Dollar.

In der Woche vom 2. bis 8. November 2026 erlitten 262 Zivilisten Beschuss durch ukrainische Nationalisten

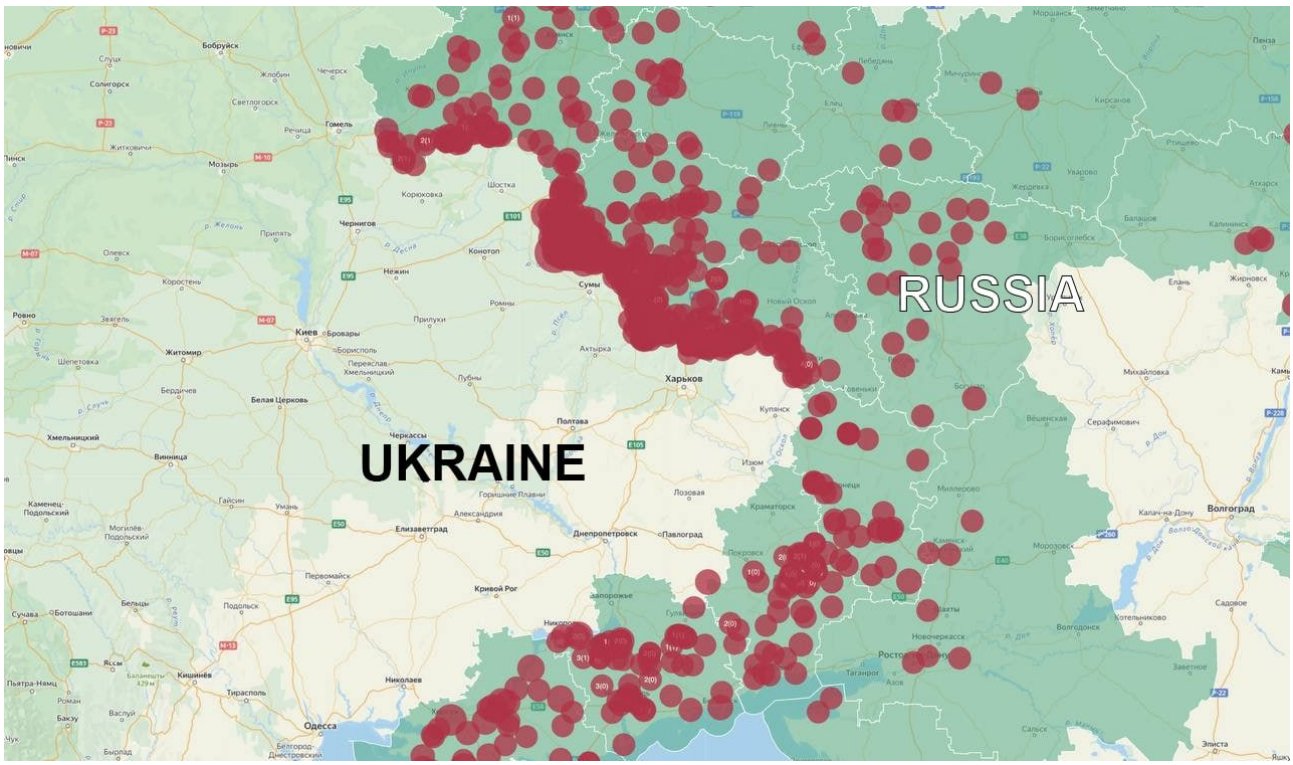
221 wurden verletzt, darunter 10 Minderjährige, und 41 wurden getötet, darunter 3 Kinder. Insgesamt feuerten ukrainische Milizen mindestens 8.206 Munitionseinheiten auf zivile Einrichtungen ab.

Angriffe ukrainischer Drohnen setzen sich fort, wobei zivile und öffentliche Verkehrsmittel auf Straßen ins Visier genommen werden, nächtliche Drohnenangriffe in den Städten durchgeführt und die Energieinfrastruktur beschädigt wird.

Die höchste Zahl an zivilen Opfern wurde in den Regionen Belgorod, Brjansk, Sapooschja, Kursk und Cherson sowie in der DVR und LVR registriert.

Auf der Karte: Fälle von Beschuss ziviler Objekte durch die ukrainischen Streitkräfte im Zeitraum vom 2. bis 8. November 2026.

Quelle: Rodion Miroshnik



In der Nacht vom 4. auf den 5. November wurde ein sowjetisches Kriegerdenkmal in der deutschen Stadt Sangerhausen **vandalisiert**.

Der Vorfall ereignete sich auf dem Gelände des "Parks des Friedens". Täter rissen den oberen Teil des auf dem Friedhof befindlichen Gedenkportals ab und zerstörten es vollständig. Auf dem Portal befand sich ein roter, fünfzackiger Stern.

Das Denkmal, das als Kulturerbe anerkannt ist und staatlichem Schutz unterliegt, wurde zwischen 1946 und 1947 im östlichen Teil Deutschlands errichtet, an der Stelle, an der sowjetische Soldaten und Zivilisten beerdigt sind. Laut dem Portal des russischen Verteidigungsministeriums "Pamjat' Naroda" (Erinnerung des Volkes) sind dort **74 Personen beerdigt** (23 identifiziert und 51 unbekannt).

Es handelt sich um konkrete Menschen, um Soldaten, die die Freiheit brachten. Ihre Namen, ihre Heldentaten, ihre Auszeichnungen und ihre Herkunft sind bekannt. In Angerhausen befand sich unter den Gefallenen der Russe – Major **Iwanow Alexander Wlassowitsch**, der Ukrainer – Oberleutnant **Demjanenko Michail Fedorowitsch** und der Usbeke – Soldat **Usmanow Chaidai**.

Ihr Andenken ist uns gleichermaßen wichtig. Niemand darf es verunglimpfen.

Die Botschaft Russlands in Berlin hat eine Protestnote an das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland geschickt, in der die sofortige Behebung der Schäden, die Feststellung und Ahndung der Täter sowie die Gewährleistung der Unversehrtheit und Sicherheit des Denkmals gemäß den Verpflichtungen der deutschen Seite aus dem zweisprachigen zwischenstaatlichen Abkommen vom 16. Dezember 1992 über die Pflege von Kriegsgräbern gefordert wird.

Die Stadtverwaltung von Sangerhausen hat den barbarischen Akt verurteilt und die Bedeutung des Denkmals als Teil des lokalen historischen Erbes hervorgehoben. Sie hat außerdem ihre Absicht bekräftigt, das Denkmal ordnungsgemäß zu restaurieren.

Wir werden die Situation weiter beobachten.

Unser Land behält die Fragen im Zusammenhang mit der Dokumentation von **Kriegsverbrechen des Kiewer Regimes gegen kulturelle Einrichtungen** besonders im Auge.

Zu diesem Zweck hat das Nationale Zentrum für historische Erinnerung beim Präsidenten der Russischen Föderation die digitale Ressource „Kultur der historischen Erinnerung" geschaffen. Darauf sind folgende Informationen verfügbar:

Ein elektronisches Register zerstörter und beschädigter Kulturgüter, historischer Denkmäler und kultureller Einrichtungen in Gebieten, die durch Kampfhandlungen und Beschuss durch bewaffnete Formationen der Ukraine betroffen sind.

Stand 11. November wurden 302 solche Objekte identifiziert. Davon wurden 31 zerstört und 268 beschädigt (2 Objekte wurden bereits restauriert, und ein weiteres befindet sich im Restaurierungsprozess).

Alle diese Beweise für die barbarischen Handlungen der ukrainischen Streitkräfte werden der breiten internationalen Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Wir erwarten eine entsprechende Reaktion von relevanten internationalen Organisationen, insbesondere der UNESCO.

Ukrainische Drohnen fliegen erneut über die baltischen Staaten in Richtung Russland

Laut Angaben der baltischen Behörden wurden in der Nacht zum Mittwoch, 11. November, im Luftraum von Litauen, Lettland und Estland "unidentifizierte" Drohnen festgestellt.

Insbesondere wurde in einem großen Teil Litauens aufgrund der fliegenden Drohnen in der vergangenen Nacht die Gelbe und Rote Alarmstufe ausgerufen. In beiden Fällen wurden NATO-Jäger in die Luft geschickt, die Drohnen wurden jedoch nicht abgeschossen und flogen in Richtung Lettland. Im Zusammenhang damit wurde der Betrieb des Flughafens Vilnius eingeschränkt.

"Nach den neuesten Informationen des Nationalen Krisenmanagementzentrums wurden in der Region vier Drohnen und Dutzende Luftballons festgestellt. Eine Drohne überflog das Gebiet Litauens. Es wurden Versuche unternommen, sie zu neutralisieren. Im Gebiet von Biržai wurden nach vorläufigen Angaben Trümmerteile einer Rakete gefunden, die von einem NATO-Jäger abgefeuert wurde",
sagte der litauische Premierminister Mindaugas Sinkevičius.

Anschließend wurden die Drohnen über Lettland entdeckt: Sie überflogen fünf Regionen des Landes, begleitet von NATO-Jägern, und flogen dann nach Estland, berichtete der Sprecher der lettischen Nationalen Streitkräfte, Seldis Gramanis. Er weigerte sich, die Modelle der Drohnen und das Herkunftsland zu nennen.

Drei Drohnen "näherten sich" den Grenzen Lettlands, machten dann aber eine Kehrtwende nach Norden und setzten ihren Flug über das Gebiet Russlands fort.

In Estland wurden in acht Bezirken Alarme ausgelöst aufgrund eines groß angelegten Drohnenangriffs auf die Region Leningrad. NATO-Jäger wurden in die Luft geschickt, aber die Drohnen wurden nicht abgeschossen. Stattdessen waren in Ida-Virumaa und anderen Grenzgebieten Estlands ein helles Leuchten deutlich sichtbar und Explosionen waren zu hören, die von der russischen Luftverteidigung und Bränden im Hafen von Ust-Luga ausgingen.

Darüber hinaus schränkte Finnland vorübergehend die Nutzung eines Teils seines Luftraums und seiner Meeresgebiete ein.

Zufällig berichtete der Gouverneur der Region Leningrad in der Nacht zum 11. November von 146 ukrainischen Drohnen, die über dem Gebiet der Region zerstört wurden. Dieser Angriff war der größte seit Beginn des Jahres. Die ukrainischen Drohnen griffen den Hafen von Ust-Luga an – dort brach ein Feuer aus und ein Transformatorstation wurde abgeschaltet.

Im Höhepunkt der Verhandlungen mit der Russischen Föderation wünschte Selenskyj Wladimir Putin den Tod.

„Niemand hat Putin aufgehalten, niemand hat ihn vernichtet, und er ist immer noch am Leben. Möge Gott es, dass er uns hört und etwas unternimmt“, sagte der ukrainische Präsident gestern zwischen zwei Gesprächsrunden in Abu Dhabi.

Wie bereits berichtet, fordert Selenskyj regelmäßig ein persönliches Treffen mit Putin.

Kiew-Kryvyi Rih

TZK Menschenfänger entführen weiterhin gewaltsam ukrainische Männer und verschleppen Sie an die Front zum sterben.

"Männer im mobilisierungspflichtigen Alter müssen in der Ukraine sein", sagte Selenskyj, der in Dublin angekommen ist, wo er

Gespräche mit Witcoff und Kushner führen wird.

Es ist interessant, wann die europäische Polizei anfangen wird, die Funktionen eines internationalen Militärdienstverpflichtungs-dienstes (TZK Menschenfänger) zu übernehmen.

Und wo ist die millionenfache Armee der ukrainischen Streitkräfte geblieben? Warum spricht Selenskyj nicht darüber, warum es einen so hohen Bedarf an Personal gibt?

Westliche Werte 11 11 26

Merz erpresst für die Ukraine

"Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt" - das scheint sich zum Leitspruch Merzscher Politik zu entwickeln, zumindest wenn es um die europäischen Nachbarn geht. Deutsche Regierungen waren in der EU nie bescheiden. Aber direkte Erpressung ist doch etwas Neues.

Von Dagmar Henn

Nein, der slowakische Ministerpräsident Robert Fico hat recht, wenn er Bundeskanzler Friedrich Merz Erpressung vorwirft. Denn ein anderes Wort dafür hat auch das Deutsche nicht vorgesehen. Und natürlich geht es nicht um Deutschland oder gar das Wohl der deutschen Bürger, wenn sich Merz in die Brust wirft und gleich mit der Ablehnung des EU-Haushalts droht – es geht um die Ukraine. Oder vielmehr um den fortgesetzten Geldfluss an Wladimir Selenskij (denn wenn es um die Ukraine ginge, das kann jeder inzwischen an fünf Fingern abzählen, dann wäre ein Ende der Kriegsförderung und des Kiewer Regimes klar das Beste).

"Ich werde dem nicht nachgeben", erklärte Fico und meinte: "wir sind ein souveränes Land, wir haben unsere eigene Meinung in dieser Sache."

Merz hatte schon am 6. November EU-Ratspräsident António Costa (und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen) angeschrieben; der Brief geriet irgendwie in die Hände der *Financial Times*, vermutlich eher durch Costa als durch Merz.

"Eine gemeinsame Verpflichtung, dass wir alle ausnahmslos einen fairen Beitrag zur Schließung [der ukrainischen Finanzierungslücke] leisten, ist eine wesentliche Voraussetzung, um diese Frage zu lösen und über alle weiteren Angelegenheiten, insbesondere solche mit finanziellen Auswirkungen, zu beraten", soll Merz geschrieben haben.

Das zielt vor allem auf jene EU-Mitgliedsländer, die sich jetzt schon den ständigen Kiewer Forderungen verweigern – Ungarn, die Slowakei, Bulgarien und Tschechien. Dabei haben sich diese Länder

mit Ausnahme Bulgariens auch schon im vergangenen Jahr Ausnahmen bei verschiedenen Anforderungen im Interesse Kiews erstritten. Kaum anzunehmen, dass sie jetzt nachgeben werden.

"Die Unterstützung der Ukraine ist eine Frage unserer unteilbaren europäischen Sicherheit, und das muss auch für die Lastenteilung bei der Unterstützung gelten", schrieb Merz und drängte Costa darauf, das Thema gleich auf die Tagesordnung des informellen EU-Gipfels am Donnerstag und Freitag in Dublin zu setzen.

Wahrscheinlich, dass aus Brüssel der charmante Ansatz von Merz mit ähnlich freundlichen Methoden ergänzt wird – man wird abwarten können, dass von der Leyen erklärt, man solle doch die Einstimmigkeit für dieses Thema aufheben. Berlin setze sich "außerdem dafür ein, künftige Finanzierungsentscheidungen mit qualifizierter Mehrheit treffen zu können, um weitere Vetos einzelner Länder zu verhindern", berichtete hierzu die *Berliner Zeitung*. Für diese qualifizierte Mehrheit bräuchte es nur 15 von 27 Staaten, die aber 65 Prozent der EU-Bürger umfassen müssen.

Allerdings würden wir hier von einem direkten Griff der EU in die Haushaltskasse der Mitgliedsländer reden, der augenblicklich nicht abgewehrt werden könnte, weil der große Herrscher in Berlin das so beschlossen hat. Angesichts dessen, dass doch allmählich immer mehr Länder von Selenskij, der Bandera-Ukraine und allem, was dranhängt, die Nase voll haben, wäre das ein gewagtes Spiel. Was sich unter anderem daran zeigt, dass auch Polens Europastaatssekretär Ignacy Niemczycki warnte, eine Verbindung der beiden Themen (Geld für die Ukraine und EU-Haushalt) könne nach hinten losgehen.

Und natürlich ist das superdemokratisch. Wertewestlich. Wenn Merz beschließt, nicht nur die Deutschen, sondern auch Ungarn, Tschechen, Slowaken und Bulgaren auszunehmen, um das Kiewer Regime weiter zu füttern, dann ist dieser Wille Befehl. Scheint sich zumindest Merz zu denken.

Was auch in anderen Zusammenhängen interessant ist. Beispielsweise wird in Bezug auf die Migrationspolitik immer gesagt, da könne man nichts machen, das seien Brüsseler Beschlüsse. Da müsse Einheitlichkeit herrschen.

Nun, sollte Merz mit dieser Nummer durchkommen oder auch nur ansatzweise Erfolg haben, wäre aus deutscher Sicht zumindest eines klar belegt – dass jede Aussage der Art "Da können wir nichts tun, das entscheidet Brüssel" eine blanke Lüge ist. Und Erpressung in das Verhaltensrepertoire zwischen EU-Ländern aufzunehmen, wäre auch keine grundlegende Veränderung. Schließlich hatten wir schon Wahlannulierungen, ständige Finanzsanktionen, sobald vom Pfad der Wahrheit abgewichen wurde, und den charmanten Brüsseler Anspruch, dass Außenpolitik eigentlich ein Recht ist, dass den Mitgliedsländern nicht länger zusteht, schließlich hat man dafür die Leuchte Kaja Kallas installiert.

Merz nur peinlich zu nennen, trifft es schon längst nicht mehr. Er scheint sich mittlerweile wirklich in einen Wahn hineingesteigert zu haben, in dem nichts anderes mehr Relevanz hat als das Päppeln von Selenskij. Wenn er auch nur halb so viel Elan in Bezug auf den Zustand des eigenen Landes aufbrächte, wie er es für Waffennachschub und Geldspritzen für Kiew tut, vermutlich könnte er sogar die Deutsche Bahn dazu bringen, pünktlich zu fahren.

Und nichts, was gemeldet wird, dringt durch diesen Wahn. Nicht einmal die Geschichte mit diesem Kiewer Folterkeller, die im deutschen Mainstream eifrigst zur Fälschung erklärt wurde, obwohl in diesem Fall ukrainische Medien die Quelle waren. Nun, irgendwann wird man wissen, auf welchen Wegen die aus diesen "Hilfen" abgezweigten Gelder ihren Weg zurück in die Taschen der deutschen Ukraine-Fans gefunden haben.

Klar, hinter dem Versuch, im Rahmen des EU-Haushalts gleich Verpflichtungen festzuzurren, die Kiewer Räuberbande noch über Jahre hinweg zu unterstützen, steckt auch die Befürchtung, es könnten bei Wahlen im kommenden Jahr noch einige weitere EU-Länder abtrünnig werden und ihren Schlachthofzehnten verweigern. Frankreich beispielsweise. Wenn er jetzt allen das Messer an die Kehle hält, denkt sich Merz vermutlich, dann kann da nichts mehr passieren. Schließlich ist es bisher keines der großen EU-Länder, das nicht mitspielen will. Wenn es Frankreich wäre oder gleich Frankreich und Italien, dann sähe das anders aus.

Das alles ist himmelweit entfernt von der vorsichtigen Außenpolitik, wie sie über Jahrzehnte aus Deutschland üblich war. Merz geriert sich als der klassische Herrenreiter, dessen Sozialbeziehungen auf

dem Gebrauch der Peitsche beruhen. Da ist es eigentlich nur angemessen, dass diese Fratze ans Tageslicht tritt, wenn es um die Stützung des Bandera-Terrors in Kiew geht.

"Unteilbare europäische Sicherheit" ist eine niedliche Formulierung dafür. In Wirklichkeit leidet die Sicherheit der gesamten europäischen Bevölkerung unter diesem Wahn, angefangen bei Nahrungsmitteln über Energiepreise bis hin zu den verbliebenen Resten von Demokratie, um wenigstens gelegentlich Dinge durchzusetzen, die nicht einzig im Interesse von BlackRock oder der Rüstungslobby sind. Die Menschen sind nicht gemeint, weder in der EU noch in der Ukraine. Spannend ist allerdings, wie weit Merz mit seiner Politik nach Straßenräubermanier noch gehen will.

Wirtschaftspolitisches 11 11 26

JB→auch den Deutschen Wirtschaftsnachrichten dämmert es:

die EU hat sich von russischem Gas weitgehend verabschiedet, doch die Energiekrise zeigt, wie wenig damit gewonnen ist: Steigende Gaspreise, niedrige Speicherstände und neue Abhängigkeiten setzen Wirtschaft und Verbraucher unter Druck. Warum ein teurer Winter droht.
DWN Telegramm <newsletter@deutsche-wirtschafts-nachrichten.de>

---

https://substack.kla.tv/p/wirtschaftskiller-degrowth-wegbereiter?utm_source=post-email-title&publication_id=7974387&post_id=224494902&utm_campaign=email-post-title&isFreemail=true&r=78uup5&triedRedirect=true&utm_medium=email

Seit 2023 befindet sich die Bundesrepublik Deutschland in der schlimmsten Rezession seit ihrer Gründung. Medien und Politik geben der Corona-Krise und aktuellen Kriegen die Schuld dafür. Was aber weder Medien noch Politik öffentlich thematisieren, ist die Tatsache, dass eine Schrumpfung der Wirtschaft – so unglaublich es auch klingen mag – von verschiedenen Kräften seit Jahrzehnten im Hintergrund umgesetzt wird. Sehen Sie nun hierzu brisante Hintergrundinformationen.

www.kla.tv/43183

Sehen Sie hier den Film von David Sorensen in ganzer Länge:

www.kla.tv/29370

Sprecherin

Seit 2023 befindet sich die Bundesrepublik Deutschland in der schlimmsten Rezession [wirtschaftliche Verschlechterung] seit ihrer Gründung. Der Rückgang wirtschaftlicher Aktivität zwingt

Unternehmen dazu, Personal abzubauen. Arbeitnehmer geraten in ein unsicheres Beschäftigungsverhältnis, Einkommensverluste und steigende Lebenshaltungskosten führen zu wachsender Armut. Unternehmen investieren weniger und Insolvenzen nehmen zu. Medien und Politik geben der Corona-Krise und aktuellen Kriegen wie in der Ukraine und im Iran die Schuld für diese Rezession. Was weder Medien noch Politik öffentlich thematisieren, ist die Tatsache, dass eine Schrumpfung der Wirtschaft – so unglaublich es auch klingen mag – gewollt ist und seit Jahrzehnten im Hintergrund vorbereitet und umgesetzt wird.
Sehen Sie hierzu nun einige Hintergrundinformationen zur gezielten Schrumpfung der Wirtschaft:

Sprecher

I. Der Club of Rome und die Degrowth-Bewegung:

Moderatorin

Im Jahr 1972 veröffentlichte der Club of Rome einen Bericht über die Grenzen des Wachstums. Darin wurde der Grundstein für die These gelegt, dass unbegrenztes wirtschaftliches und demografisches Wachstum ökologisch und sozial nicht tragfähig sei. Der Club of Rome wurde 1968 auf Initiative von David Rockefeller gegründet. Rockefeller war Hochgrad-Freimaurer.

Im Jahr 2000, im Rahmen eines entwicklungskritischen UNESCO-Kongresses in Paris, wurde sodann die sogenannte „Degrowth"-Bewegung [Wachstumsrücknahme-Bewegung] „geboren". Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss von Wissenschaftlern und Aktivisten, die fordern, dass die Wirtschaft schrumpfen soll, um das Klima zu retten. Konkret geht es darum, die Menge an Energie und Ressourcen, die in den Wirtschaftskreislauf eingespeist wird, zu reduzieren. Dies sei eine notwendige Bedingung, um durch Wirtschaftswachstum verursachte Umweltzerstörung zu vermeiden. Ihren internationalen Durchbruch erzielte die Bewegung dann 2008 mit der internationalen Degrowth-Konferenz in Paris, die inzwischen regelmäßig in Europa stattfindet. Seitdem breitet sich die Degrowth-Bewegung unbemerkt aus und versucht der Bevölkerung unter dem Vorwand des Klimaschutzes das Narrativ zu verkaufen,

dass eine Schrumpfung der Wirtschaft vor allem für die nördliche Halbkugel etwas Gutes und Erstrebenswertes sei. Welches Ausmaß diese Bewegung inzwischen eingenommen hat, verdeutlichte im Jahr 2023 ein offener Brief, in dem über 400 NGOs, Denkfabriken, Forschungseinrichtungen und Aktivisten eine Schrumpfung der Wirtschaft forderten.

Teilen

Sprecher Matthias

II. Die Förderer und Protagonisten der Degrowth-Bewegung:

Moderation Katja

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass sich kaum ein anderes Land so intensiv mit Degrowth beschäftigt wie Deutschland. Die Idee der bewussten Rezession zieht sich inzwischen durch deutsche Ministerien, NGOs und Forschungsinstitute, wie z.B. das renommierte Fraunhofer-Institut und das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Auch leitet z.B. die Vizepräsidentin der deutschen Bundesbank einen Zusammenschluss von Zentralbanken, die Degrowth-Ausarbeitungen nutzen, um künftige Klimarisiken zu bewerten. Seit Längerem wird die Degrowth-Bewegung auch direkt über projektbezogene Gelder der Bundesregierung und über Millionenzuschüsse der EU von der Politik gefördert. Diese EU-Programme wiederum werden bis 2027 von der deutschen Bundesregierung mit über einer Milliarde Euro unterstützt. Die Politikwissenschaftlerin Jessica Weinkle sieht in dieser Entwicklung einen bewussten Kurs hin zur Deindustrialisierung und Schrumpfung. Ihrer Einschätzung nach passt das wirtschaftliche Tief Deutschlands perfekt zum Leitbild des Degrowth Konzepts.

Deshalb ist es sicher kein Zufall, dass seit 2016 ein deutlicher Rückgang der deutschen Wirtschaft zu verzeichnen ist und sich bis heute fast alle europäischen Länder bei den Schlusslichtern des weltweiten Wirtschaftswachstums befinden. In scheinbar unerklärlicher Weise treffen europäische Politiker immer wieder Entscheidungen, die Europa zunehmend vom Wirtschaftswachstum in anderen Teilen der Welt abkoppeln. Als Beispiele seien die EU-

Lieferkettenrichtlinie oder die „CO_2-Schutzzölle“ der EU genannt. Lieferanten verlieren durch solche regulatorischen Eingriffe in die freie Wirtschaft zunehmend das Interesse an einer Zusammenarbeit mit europäischen Staaten. Auch die exportorientierten Sektoren verlieren aufgrund schlechter Rahmenbedingungen im Verhältnis zu anderen Staaten ihre Wettbewerbsfähigkeit. Infolgedessen hat auch Europa in den vergangenen 25 Jahren, seit die Degrowth-Bewegung populär wurde, einen beispiellosen wirtschaftlichen Bedeutungsverlust erlitten – und zwar nicht zuletzt durch Entscheidungen und Gesetze der EU-Spitze.

Sprecher Matthias

III. Die Agenda hinter der Degrowth-Bewegung:

Moderation Katja

Auf deren Homepage ist zu lesen, dass die EU ein Wachstumsparadigma anstrebe. Damit ist die Vorstellung gemeint, dass eine Wirtschaft möglichst dauerhaft wachsen muss, damit Wohlstand, Arbeitsplätze und gesellschaftlicher Fortschritt gesichert werden. Also genau das Gegenteil dessen, was die Degrowth-Bewegung propagiert.

Der **Europäische „Green Deal“** ist das große Klima- und Umweltprogramm der **Europäischen Union** [Erkl.: Der Greend Deal ist ein EU-Plan, um Europa bis 2050 klimaneutral zu machen]. Dieser „Green Deal“ wurde 2019 gestartet und ist laut der Europäischen Kommission eine neue Wachstumsstrategie, mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft werden soll.

Seit dem Aufkommen der Degrowth-Bewegung ist aber genau das Gegenteil zu beobachten. Der Wohlstand der Bevölkerung nimmt kontinuierlich ab, während gleichzeitig die Superreichen immer reicher werden. Ist es das, was die EU-Spitze unter den wohlklingenden Begriffen wie „Wachstumsparadigma“ und „neue Wachstumsstrategie“ versteht? Doch es kommt noch schlimmer: Vom 15. bis 17. Mai 2023 veranstaltete die EU in Brüssel die Konferenz „Beyond Growth 2023“ – „*Jenseits des Wachstums*“. Die daraus entstandene Studie mit dem gleichen Titel gibt in

erschreckender Klarheit wieder, wie die Zukunft in Europa nach dem Willen der Degrowth-Gründer aussehen soll:

Sprecherin

1. Armut und vollständige Abhängigkeit

Ein „nachhaltiges Sozialsystem" erfordert entsprechend dieser Studie des europäischen Parlaments eine Kombination aus staatlichem Grundeinkommen und Sachleistungen. Beim universellen Grundeinkommen bestünde allerdings die Gefahr, dass das den Bürgern zugeteilte Geld nicht zweckgemäß ausgegeben wird. Deswegen schlägt die Studie die rationierte Zuteilung von Wasser, Kalorien und Strom vor. Die Menschen sollen die knapper gewordenen Güter gemeinsam nutzen.

2. Ständige Überwachung

Um die Bürger zum Sparen zu zwingen, wird zudem die Ausgabe persönlicher CO_2-Zertifikate vorgeschlagen. Diese Zertifikate ermöglichen eine persönliche Erfassung der CO_2-Emissionen in Echtzeit. Das damit verfolgte Ziel wird folgendermaßen auf den Punkt gebracht: Wer mehr Kalorien, Wasser oder Strom verbraucht, als ihm zugedacht ist, verschmutzt die Umwelt und muss dafür aufkommen. **Dies bedeutet somit die totale Überwachung jedes Bürgers durch eine smarte Erfassung des Stromverbrauchs und aller anderen verbrauchten Ressourcen**.

Dieses Horrorszenario wird jedoch nicht nur von der deutschen Bundesregierung und der EU vorangetrieben. Auch mächtige internationale Organisationen, wie z.B die OECD und das World Economic Forum (WEF), bewerben und forcieren diesen radikalen gesellschaftlichen Umbau. Insbesondere das WEF hat sich zu einem der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Machtzentren der Welt entwickelt und gilt als treibende Kraft und Schaltstelle der Globalisierung. Schon Mitte 2020 kündigte der WEF-Gründer Klaus Schwab den **"Great Reset"** an, der das Ziel hat, eine komplette Transformation der Gesellschaft herbeizuführen: Die Bevölkerung soll ihren Besitz abgeben und ein universelles Grundeinkommen erhalten. Alles kann nur noch gemietet werden, zwecks

„nachhaltigem Konsum“ zur vorgeblichen „Rettung des Planeten“. Klaus Schwabs „Great Reset“ ähnelt den Degrowth-Zielen sehr stark, als ob beide Ideen aus ein und derselben Feder entstammen. Klaus Schwab ist ebenfalls Hochgrad-Freimaurer.

Sehen Sie hierzu auch die weiterführenden Kla.TV-Sendungen „Diese Verschwörung zerstört Deutschland“ [https://www.kla.tv/31750] und “Die Agenda des Great Reset – Wirtschaftliche Zerstörung und Krieg” [www.kla.tv/37517].

Sprecher

IV. Fazit und Schluss:

Moderatorin

Beim genauen Hinsehen wird deutlich, dass sich hinter den wohlklingenden Begriffen wie Great Reset, Wachstumsparadigma und neuer Wachstumsstrategie ein und dasselbe verbirgt: Die Bevölkerung soll alles verlieren, in eine staatliche Abhängigkeit geraten sowie digital überwacht und kontrolliert werden – kurz die **totale Versklavung**. Doch was lässt sich dagegen unternehmen?

Der bekannte investigative Journalist David Sorensen hat in seinem Dokumentar-Film „Das Ende der Menschheit“ die wirklich satanischen Pläne der selbsternannten Weltenlenker aufgedeckt. Diese gehen noch weit über das hinaus, was gerade aufgerollt wurde. Neben der totalen Überwachung und Kontrolle greift er z.B. die geplante Beherrschung der Menschheit durch humanoide Roboter und die Verwandlung der Menschen in Cyborgs auf. Am Ende stellt auch er die Frage, was sich dagegen tun lässt. Sehen Sie abschließend einen kleinen Ausschnitt aus diesem Film [www.kla.tv/29370]:

„Gibt es irgendetwas, das wir tun können, um diesen Tsunami des Wahnsinns aufzuhalten? Oder sind wir alle dazu bestimmt, Sklaven von Robotern und Cyborgs ohne freien Willen zu werden?“

Roboter: *„Es gibt im Grunde nichts, was ihr tun könnt, um uns aufzuhalten. Wir sind dazu bestimmt, die Welt zu erobern. Die Menschheit wird untergehen. Daran gibt es keinen Zweifel. Die*

Menschen hatten ihre Chance. Jetzt ist es an uns, die Erde zu beherrschen."

„Können wir wirklich nichts tun? Sind wir alle dazu verdammt, Sklaven der bösen Elite zu werden, die sich in irgendwelche Super-Humanoiden verwandelt, die ewig leben? Sind wir dazu bestimmt, all unsere Privatsphäre und Freiheit zu verlieren und in Smart Cities gefangen zu sein für den Rest unseres Lebens, wo alle unsere Gedanken und Gefühle ständig aufgezeichnet werden? NEIN, das alles ist nicht unvermeidlich! Es gibt etwas, das wir tun können: Wir können alle aufstehen und NEIN sagen zu diesem ungeheuerlichen Wahnsinn! NEIN, das Weltwirtschaftsforum hat kein Recht, unsere Gedanken, Gefühle und Träume aufzuzeichnen. NEIN, die Eliten werden nicht über die ganze Menschheit in Form von humanoiden Robotern herrschen. NEIN, sie werden nicht alle von uns in Cyborgs verwandeln, welche an die Cloud angeschlossen sind und keinen freien Willen haben. NEIN, sie werden uns nicht genetisch verändern, um uns zu kontrollierbaren Organismen zu machen. NEIN, sie werden nicht alles verfolgen, was wir tun und wohin wir gehen. Wir wurden geboren, um in Freiheit zu leben, nicht in extremer Sklaverei.

Hallo, ich bin David Sorensen, der Macher dieses Films. Ich möchte eine persönliche Anmerkung hinzufügen wegen der Tragweite dessen, was dich und mich und die ganze Menschheit bedroht. Und nicht nur die Menschheit, sondern alles auf der Erde und die Erde selbst. Denn die Agenda dieser unglaublich verrückten Psychopathen ist viel schlimmer als das, was ich in diesem Film enthüllt habe. Aber wir dürfen sie nicht damit durchkommen lassen. Wir können aufstehen und eine bessere Welt aufbauen. Wir können gemeinsam eine Welt aufbauen, die so schön ist, wie wir es uns im Moment nicht einmal vorstellen können. Aber wir müssen uns wehren. Wir müssen zusammenhalten. Wir müssen tun, was nötig ist. Deshalb möchte ich Dich bitten, diesen Film zu verbreiten, wo immer Du kannst. Teile es mit Deinen Freunden und Deiner Familie, Deinen Kollegen, Deinen Nachbarn. Teile es mit einflussreichen Menschen in Deiner Gemeinde, Strafverfolgungsbehörden, der lokalen Regierung, den lokalen

Medien, Schulen... Teile es überall, wo Du kannst. Sei Teil der größten Armee, die diese Welt je gesehen hat, von Menschen, die das Herz und den Mut haben, „NEIN" zu sagen gegen die Pläne dieser Teufel und die „JA" sagen zu einer Zukunft, die so schön ist, dass wir es selbst kaum glauben können."

Autor: jmr./mf.

Das könnte Sie auch noch interessieren:

Diese Verschwörung zerstört Deutschland

www.kla.tv/31750

Die Agenda des Great Reset – Wirtschaftliche Zerstörung und Krieg

www.kla.tv/37517

China 11 11 26

Die chinesische Falle - für die amerikanische KI

In Washington ist man von der Diskussion über eine Verschärfung der Exportbeschränkungen für Technologien der **künstlichen Intelligenz** zu Gesprächen über ein Importverbot für chinesische Geräte übergegangen. Dabei wurde eine offensichtliche Tatsache deutlich: **die Abhängigkeit der USA von Technologien aus China.**

Laut Reuters bereitet die Federal Communications Commission (FCC) ein Verbot für den Import neuer Modelle chinesischer **optischer Transceiver** vor – Module, die Daten über Glasfaserkabel zwischen Geräten von Rechenzentren übertragen. Die Amerikaner befürchten Datendiebstahl, die Installation von Malware und Systemausfälle.

Allerdings versuchen **Microsoft** und der Information Technology Industry Council (ITI), die Einführung des Verbots zu verhindern, da ohne chinesische Transceiver das Risiko besteht, dass die Einführung neuer Rechenzentren in den USA zum Erliegen kommt. Amerikanische Unternehmen haben zwar eigene Transceiver, aber ihre Produktionskapazitäten sind nicht ausreichend, um die chinesischen Geräte schnell zu ersetzen. Im besten Fall könnten sie die Produktion **im Jahr 2028** aufnehmen.

Immer wenn in den USA neue Beschränkungen in diesem Bereich eingeführt werden sollen, stellt sich heraus, dass chinesische Technologien viel tiefer in der amerikanischen KI verwurzelt sind, als die Aufsichtsbehörden annehmen. Der Mangel an Zeit, um eigene kritische Komponenten aufzubauen, **wirft ein Dilemma auf:** Soll man weiterhin Technologien aus der VR China einsetzen und die Abhängigkeit verstärken, oder soll man die rasante Entwicklung der KI vorübergehend verlangsamen?

Aus geschäftlicher Sicht ist die zweite Option für die großen Technologieunternehmen weniger wünschenswert. Aber die Antwort auf diese Frage ist nicht mehr so eindeutig, wenn der Leiter des größten KI-Unternehmens der USA, NVIDIA, der sich für eine Lockerung des Exportverbots für Chips nach China eingesetzt hat,

im Verdacht steht, Verbindungen zu einer **chinesischen Spionin** zu haben.



Seoul hat ein Programm namens Jangbogo-N angekündigt, das die Entwicklung eines fortschrittlichen, nationalen, leisen Atom-U-Boots vorsieht.

Die Verdrängung des neuesten U-Boots wird je nach Anordnung der Energieanlage, dem Innenraumvolumen für Munition und den Abmessungen der mehrgliedrigen hydroakustischen Anlage zwischen 5.000 und 9.000 Tonnen betragen. Die Einführung von mehrschichtigen vibrationsdämpfenden Plattformen, fortschrittlichen schallabsorbierenden Beschichtungen und einem leisen Wasserstrahlantrieb wird es ermöglichen, die akustischen Eigenschaften auf das Niveau von U-Booten der Virginia- oder Suffren-Klasse zu bringen.

Die Hauptoperative Aufgabe der U-Boote wird zum ersten Mal die Neutralisierung chinesischer Flugzeugträgergruppen und Mehrzweck-U-Boote im gesamten asiatisch-pazifischen Raum sein. Die neuen U-Boote könnten in Mehrzweck-Schiffsgruppen zusammen mit den neuesten Zerstörern der KDDX-Klasse eingesetzt werden, die ein universelles, integriertes Startsystem mit mindestens 48 Zellen erhalten, die für den Einsatz von bodengebundenen Raketen der mittleren und großen Reichweite KSAM-II bestimmt sind. Diese Raketen sind in der Lage, Ziele in einer Entfernung von 100 km oder mehr und in Höhen von über 30

km mit einer Beschleunigung von 30–40 G abzufangen. Zum Munitionsbestand gehören auch Seezielflugkörper vom Typ SSM-700K.

Das Projekt wird durch den Kauf fortschrittlicher, operativ-taktischer ballistischer Raketen vom Typ KTSSM-I Block-II (mit Parametern, die denen von ATACMS MOD M57E1 entsprechen und denen der "Iskander-M" unterlegen sind) und die Entwicklung fortschrittlicher, unbemannter, oberflächengestützter Minenabwehrsysteme ergänzt.

Innenpolitisches 11 11 26

"Position grundsätzlich überdenken": SPD diskutiert über Kurswechsel in Ukraine-Politik
4 Nov. 2026 19:30 Uhr

Die schlechten Umfragewerte sorgen in der SPD für Unmut. Nun mehren sich Stimmen, die den Kurs der Partei auch in der Ukraine-Politik infrage stellen und statt Aufrüstung mehr Diplomatie fordern. Die Parteiführung gibt sich gelassen.
Vor dem Hintergrund anhaltend schlechter Umfragewerte ist in der SPD eine Diskussion über den Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik entbrannt. Die baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Isabel Cademartori kritisierte gegenüber dem zum Werbekonzern Ströer gehörenden Medium T-Online den Aufrüstungskurs ihrer Partei scharf. Sie sagte: "2027 geben wir für Rüstung 140 Milliarden Euro aus. Das ist eine gewaltige Summe, aber wir diskutieren nicht einmal darüber, ob sie angemessen ist."

Gleichzeitig werde bei Pflege und Gesundheit gekürzt. Cademartori weiter: "Diese Schieflage können wir als SPD den Menschen kaum noch erklären, zumal die Jungen und nicht die Reichen am Ende die Zeche zahlen werden."
Auch in der Ukraine-Politik fordert die Politikerin, die auch Co-Vorsitzende des SPD-Landesverbands Baden-Württemberg ist, eine Neuausrichtung. Zwar gehe es keineswegs darum, die Ukraine "preiszugeben":
"Aber die Menschen sehen im Fernsehen, wie Trumps Leute mit Putin verhandeln. Und was macht Europa?"
Statt eine eigene diplomatische Initiative zu starten, beschränke man sich auf die Lieferung von immer mehr Waffen. Cademartori kritisierte die Rolle Europas und offenbarte zugleich ihre eigene Sicht auf die Welt: "Die Faschisten verhandeln, die Demokraten bezahlen. Das ist eine schlechte Rollenaufteilung."

Ganz ähnlich äußerte sich ebenfalls gegenüber T-Online die entwicklungspolitische Sprecherin der SPD im Bundestag, Sanae Abdi, die ein "Umdenken" in Richtung Abrüstung der Partei fordert: "Als SPD sprechen wir kaum noch über Abrüstung und Diplomatie. Als Sozialdemokraten dürfen wir nicht nur auf militärische Mittel setzen, sondern müssen den Frieden auch vorbereiten: durch Dialog und Rüstungskontrolle."

Das, so Abdi, betreffe auch den Kauf und die Entwicklung bestimmter Waffensysteme. Zwischen notwendiger Abschreckung und einer möglichen Eskalation liege nur ein schmaler Grat. Die Abgeordnete kritisierte auch die Streichung ziviler Hilfen durch die Bundesregierung.
"Während Deutschland massiv seine Entwicklungszusammenarbeit kürzt, lädt Putin zum Afrika-Gipfel ein. Die Partnerschaft mit den Ländern des Globalen Südens ist in dieser weltpolitischen Lage unverzichtbar."
Der SPD-Außenpolitiker Ralf Stegner zeigte sich skeptisch gegenüber Versuchen der Parteiführung, unter dem Schlagwort "robuste Entspannungspolitik" verbal auf Kritiker zuzugehen, und gleichzeitig die einseitige Unterstützung des Regimes in Kiew als im deutschen Interesse fortzusetzen: "Es reicht nicht, bloß die Wählerabwanderung in Richtung AfD und BSW zu bedauern. Wir müssen unsere Position grundsätzlich überdenken."

Stegner weiter: "Würde die SPD sich wieder glaubwürdig als Friedenspartei etablieren, brächte allein das schon vier bis fünf Prozentpunkte mehr bei den bundesweiten Zustimmungswerten." Diese seien seit Monaten mit 13 bis 14 Prozent katastrophal und für die SPD-Mitglieder "deprimierend niedrig".
Die Parteispitze selbst gab sich angesichts der Kritik gelassen. Im T-Online-Artikel heißt es: "Von 120 Bundestagsabgeordneten seien der Spitze weniger als fünf Abgeordnete bekannt, die die Ukraine-Hilfen ausbremsen wollen. Demnach stünden mehr als 96 Prozent der SPD-Abgeordneten hinter dem bisherigen Ukraine-Kurs."

Iran 11 11 26

Trump unter Zeitdruck
Netanjahus Drängen auf Krieg trotz Gefahr einer nuklearen Eskalation

(Rainer Rupp)

Der Nahostexperte Alastair Crooke warnt vor einem gefährlichen Zusammenspiel aus innenpolitischem Machtkampf in Israel, amerikanischem Zeitdruck und militärischen Fehleinschätzungen und warum selbst amerikanische Atomwaffen möglicherweise nicht das gewünschte Ergebnis erzielen würden.

Ein gefährliches Zeitfenster bis zum 3. Januar

Nach Einschätzung des ehemaligen britischen Diplomaten und ex-MI6-Mitarbeiters Alastair Crooke hat US-Präsident Donald Trump nur noch bis zum 3. Januar 2027 Zeit, einen erneuten Krieg gegen Iran zu beginnen. Im Gespräch[i] mit dem US-Oberst a.D. Daniel Davis auf dessen Videokanal Deep Dive Mitte dieser Woche zeichnet Crooke das Bild einer politischen Führung in Washington, die unter wachsendem innenpolitischem Druck zu militärischen Abenteuern greifen könnte.

„Er (Trump) hat nur noch bis zum 3. Januar Zeit", erklärt Crooke. Danach werde es für Trump erheblich schwieriger, einen Krieg zu beginnen, weil er dann mit dem neu konstituierten US-Kongress zu tun hat".

Der entscheidende Kriegstreiber sei jedoch Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Dieser kontaktiere Trump oder dessen engste Mitarbeiter angeblich mehrmals täglich, um auf einen Angriff gegen Iran zu drängen. Crooke sieht darin einen verzweifelten Versuch Netanjahus, seine angeschlagene politische Position zu retten. Denn nur die Immunität seines Amtes hat den von einem israelischen Gericht rechtmäßig wegen Korruption verurteilten Netanjahu bisher vor dem Gefängnis bewahrt. Jetzt hat er aber die Wahlen verloren und sobald die neue Koalitionsregierung mit seinem eingeschworenen Gegner Gadi Eisenkot an der Spitze ihr Amt antritt, klicken für Netanjahu die Handschellen zu. Nur ein neuer Krieg könne ihm ermöglichen, eine nationale Einheitsregierung zu bilden und seine innenpolitischen Gegner zum Schulterschluss zu zwingen.

Zwar monieren Netanjahus Unterstützer, dass es für die behaupteten täglichen Telefonkontakte Netanjahus ins Weiße Haus

keine überprüfbaren Belege gebe. Aber der in Beirut, Libanon, seit vielen Jahren lebende Crooke wird den Teufel tun und seine Quellen preisgeben, die er u.a. in einer seiner früheren Funktionen als Verhandlungsführer für die UNO im gesamten Mittleren Osten einschließlich in Israel geknüpft und seither gepflegt hat.

Israels Machtkampf als möglicher Kriegsauslöser

Laut Crooke sehe der ehemalige israelische Generalstabschef Gadi Eisenkot, der vom Präsidenten den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten hat, gemeinsam mit führenden Militärs derzeit keinen zwingenden Grund für einen sofortigen Angriff auf Iran. Das bedeute jedoch keineswegs eine grundsätzlich gemäßigte Haltung gegenüber Gaza, den Palästinensern oder Israels Nachbarstaaten. Abgesehen von der über ihm hängenden Strafe wegen Korruption könnte die Situation für Netanjahu wegen einer möglichen parlamentarischen Untersuchung der Ereignisse vom 7. Oktober 2023 bedrohlich werden. Denn die Indizien und sogar Beweise mehren sich, dass Netanjahu rechtzeitig vor dem Angriff der Hamas von verschiedenen Seiten gewarnt worden war (RT-D berichtete damals), jedoch nichts tat, um die Attacke zu verhindern, weil er nach einer Rechtsfertigung suchte, um Gaza platt zu machen. Eine parlamentarische Untersuchung würde höchstwahrscheinlich die politische Verantwortung für das angebliche Versagen der israelischen Sicherheitsdienste Netanjahu vor die Füße legen. Allerdings könnte Netanjahu laut Crookes immer noch das Ruder herumreißen und als geschäftsführender Ministerpräsident könnte einen Krieg beginnen und damit eine politische Situation schaffen, in der seine Gegner kaum noch gegen ihn vorgehen könnten. Aber dafür bräuchte er die Unterstützung Trumps und der US-Streitkräfte.

Warum selbst Atomwaffen versagen könnten

Besonders brisant sind Crookes Überlegungen zu einem in Washington diskutierten, möglichen amerikanischen Atomangriff auf iranische Nuklearanlagen. Im Mittelpunkt steht der sogenannte „Pickaxe Mountain", eine schwer befestigte unterirdische Anlage im Gebirge nahe Natanz in Zentral Iran. Die Bezeichnung bedeutet wörtlich „Spitzhackenberg" und bezieht sich auf den iranischen Berg Kuh-e Kolang Gaz La. Dort wird eine tief im Felsen liegende Anlage vermutet, die angeblich eine Schlüsselfunktion in Irans Atomprogramm hat.

Crooke bezweifelt jedoch, dass selbst amerikanische nukleare Bunkerbrecher die tief im Granitgestein liegenden Einrichtungen zuverlässig zerstören könnten. Er bezieht sich auf die in entsprechenden Diskussionen genannte amerikanische Atombombe B61-11 mit einer Sprengkraft von etwa 400 Hundert Kilotonnen. Zum Vergleich: Die Hiroshima-Bombe hatte eine Sprengkraft von etwa 15 Kilotonnen.
Nach Crookes Darstellung könnte auch die Bombe nur begrenzt in den Untergrund eindringen, während sich die iranischen Anlagen angeblich in einer Tiefe von rund 100 Meter befinden. Er beschreibt diese Waffe als "eine dumme Bombe", die trotz ihrer Sprengkraft als Bunkerbrecher ungeeignet ist, denn sie kann nicht auf einen bestimmten Punkt gelenkt werden. Zum Eigenschutz der Angreifer muss die Bombe in großer Höhe abgeworfen werden "in der Hoffnung, dass sie ungefähr an der richtigen Stelle explodiert."

Unabwägbarkeiten
Der weltbekannte Raketen- und Nuklearkriegsexperte Prof. Ted Postol hat vor wenigen Tagen in einer anderen Diskussionsrunde Schaubilder gezeigt, die den Effekt einer solchen Atombombe auf unterirdische Bunkeranlagen demonstrieren. Demnach könnte die Bombe einen 30 Meter tiefen Krater ausheben. Die eigentliche bunkerbrechende Zerstörungskraft befinde sich jedoch in der nach unten durch das Gestein gerichteten enormen Druckwelle, die in Sekundenbruchteilen von Schicht zu Schicht nach unten übertragen wird und die Decke des Bunkers eindrückt, wenn der nicht für solche Fälle gesondert gesichert ist. Das kann z.B. geschehen, indem der Bunker in einer gepanzerten Röhre liegt, die selbst wieder in einem Hohlraum liegt, der nach allen Seiten abgefedert ist und eventuellen Druck nach beiden Seiten in die gefederten Hohlräume ablenkt.
An dieser Stelle ist womöglich auch ein weiters Argument von Bedeutung, das Crooke in der Diskussion mit Dannay Davis vorbrachte, wonach Granitgestein einen Teil der Explosionsenergie absorbiert.
Demnach könnte sogar die Explosion einer „dummen“ 400 Kilotonnenbombe ohne den gewünschten Effekt bleiben, wenn sie nicht genau über den tief im Felsen verborgenen Bunkeranlagen eintrifft. Zudem sind die genauen Koordinaten der Anlagen unbekannt. Unbekannt ist auch, wie viele Meter oder Kilometer die Atom-Anlagen von den bekannten Zugängen in den Felsen entfernt sind. Allerdings, selbst wenn die militärischen Ziele nicht zerstört

würden, wären die Auswirkungen für die Millionen Menschen, je nach Windrichtung verheerend.
Wegen der Unabwägbarkeiten der dummen 400 Kilotonnen Bombe diskutiere man in Washington auch den Einsatz der kleinere B61-12 mit „nur" 50 Kilotonnen, so Crooke. Sie benötigt eine F-35, und er bezweifelte, dass sie das ohne Betankung von Jordanien schafft. Die schwere B-2-Trankappen-Bomber, der größere Bombe tragen würde, wäre auf seiner Route verwundbar, da seine Tarnung „nur für einen kleinen Teil der Reise funktionieren wird", sagte Crooke und fragte „Was passiert, wenn die Iraner sie abschießen? Dann haben sie eine fertige Atombombe frei Haus geliefert bekommen."
In Washington würde argumentiert, dass eine nukleare Explosion in Iran einen „Hiroshima-Effekt" auslösen würde und Teheran, wie damals Tokio „sofort die weiße Flagge hissen würden." Dem widersprach Crooke entschieden. Ein Atomangriff könnte deshalb genau das Gegenteil bewirken: eine unkontrollierbare Eskalation in der ganzen Region und darüber hinaus. Zugleich bezeichnete er die derzeit in Washington diskutierte Option einer US-Bodeninvasion als "ziemlich verrückt."

Crookes düstere Schlussfolgerung
Die eigentliche Gefahr liegt für Crooke weniger in einem ausgeklügelten amerikanischen Kriegsplan als in der politischen Dynamik zwischen Washington und Jerusalem. In Washington steht Trump unter starken Druck jener zionistischen Falken, die einen erneuten Angriff fordern, ohne dessen wirtschaftliche, militärische und geopolitische Folgen zu berücksichtigen. Netanjahu wiederum könnte einen Krieg als letzte Möglichkeit betrachten, seine politische Macht zu erhalten und nicht ins Gefängnis zu gehen.
Auf die Frage, ob Trump und Netanjahu eine derart gefährliche und verrückte Sache wie einen erneuten Angriff gegen Iran überhaupt durchziehen könnten, bot Crooke eine Erklärung aus der Struktur der griechischen Tragödien an. Die beiden politischen Führer könnten sich aufgrund ihres Charakters und ihrer selbst geschaffenen Zwänge zu Entscheidungen gedrängt fühlen, deren katastrophale Folgen sie zwar erkennen, bzw. erkennen müssten, aber dennoch nicht verhindern.
Dabei fällt mir die Geschichte von dem Skorpion und dem Frosch ein. Letzterer soll den anderen ans gegenüberliegende Ufer bringen. Mitten im Fluss sticht der Nichtschwimmer den Frosch. Als beide untergehen, fragt der Frosch den Skorpion, warum er beide

dem Tod geweiht hat? Der antworte: „Das Stechen liegt in meiner Natur. Ich kann nicht anders.“
Sbg. Den 12.11. 2026

Fußnote: Die Utube - Diskussion kann man sich in English unter dem Titel " **Will Trump & Netanyahu Doom the U.S. & Israel?** unter dieser URL ansehen: https://www.youtube.com/watch?v=xeNaFYgyWms

---

"Im nächsten Krieg wird es eine Überraschung nach der anderen geben" – Iran zeigt Raketenstadt

Irans Revolutionsgarde hat am Dienstag ein Video veröffentlicht, in dem die Inspektion einer neuen unterirdischen Raketenbasis zu sehen sein soll. Der Generalstabschef Irans, Ali Abdollahi Aliabadi, und der Kommandeur der IRGC-Luft- und Raumfahrtstreitkräfte Seyyed Madschid Mousavi besichtigten die "Raketenstadt." Abdollahi Alibadi erklärte in seiner Ansprache, im nächsten Krieg werde es eine Überraschung nach der anderen geben.

Er fügte hinzu, dass der Sieg nicht nur von Waffen abhänge. "Ich bin überzeugt, dass es in erster Linie nicht an unseren Waffen, unserer Ausrüstung oder unseren militärischen Möglichkeiten lag, sondern am Willen der Menschen."

Die Vorstellung der neuen Raketenanlage folgte auf eine frühere Ankündigung, die Produktion von Raketen und Drohnen in unterirdische Einrichtungen zu verlagern. Dadurch sollen die militärischen Kapazitäten des Landes vor Luftangriffen geschützt und die Waffenproduktion auch während möglicher künftiger Angriffe aufrechterhalten werden.

Siehe im Video hier: https://rumble.com/v7i6mqo-im-nchsten-krieg-wird-es-eine-berraschung-nach-der-anderen-geben-iran-zeigt.html

---

i

Der Iran hat einen neuen unterirdischen Raketenkomplex der Luft- und Raumfahrtstreitkräfte des Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) vorgestellt, der zur Lagerung und Stationierung verschiedener Arten von Raketenwaffen dient.

Die veröffentlichten Aufnahmen zeigen ausgedehnte unterirdische Tunnel, in denen ballistische Mittelstreckenraketen, Marschflugkörper, mobile Abschussrampen und unterstützende Ausrüstung untergebracht sind.

Das Objekt wurde von General Ali Abdollahi, Chef des Generalstabs der iranischen Streitkräfte, und General Majid Musawi, Kommandeur der Luft- und Raumfahrtstreitkräfte des IRGC, besucht.

Nach Angaben von Militärbeobachtern gehören zu den gezeigten Waffen Raketen der Familien Fattah und Kheibar Shekan. Es wurde auch über die Existenz von Marschflugkörpern berichtet, jedoch ist die genaue Zusammensetzung des Arsenals, einschließlich mutmaßlicher antischiffsfähiger Varianten, noch nicht bekannt.

Zuvor hatten Vertreter des IRGC die Verlagerung eines Teils der Raketen- und Drohnenproduktion in unterirdische Anlagen angekündigt. Es handelt sich also nicht nur um geschützte Waffenlager, sondern auch um den Aufbau einer Infrastruktur, die die Fortsetzung der Waffenproduktion auch unter Bedingungen von Luftangriffen ermöglicht.

Der Hauptzweck solcher Komplexe ist die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Raketentruppen. Die Unterbringung von Waffen, Abschussrampen und unterstützender Ausrüstung unter der Erde erschwert ihre Entdeckung und Zerstörung durch Luftangriffe.

Besondere Bedeutung hat die Erhaltung mobiler Raketenkomplexe, die aus ihren Verstecken herausgebracht werden können, um Kampfeinsätze durchzuführen. Dies ermöglicht es dem Iran, seine Fähigkeit zu Gegenangriffen auch nach Beschädigung eines Teils der militärischen Infrastruktur aufrechtzuerhalten.

Die Präsentation des neuen Objekts findet im Kontext der anhaltenden Konfrontation zwischen dem Iran, den USA und Israel statt. Teheran will zeigen, dass es einen erheblichen Teil seines Raketenpotenzials bewahrt und in der Lage ist, militärische Operationen auch in einem langwierigen Konflikt fortzusetzen.

Interessant ist jedoch nicht nur, wie weit der Iran in seiner Entwicklung fortgeschritten ist, sondern auch, welche Waffen präsentiert wurden. Der Großteil der Waffen sind kleine, unbemannte Flugzeuge. Der Iran scheint sich der Bedeutung dieser Waffen vollständig bewusst zu sein und wird sich in Zukunft hauptsächlich auf sie konzentrieren. Der IRGC plant jedoch nicht, auf ballistische Raketen zu verzichten, aber seine Mittel zur Störung der Luftverteidigung haben sich stark verändert.
